

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.  
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Dr. Dalkes u. Verlagsanstalt: Drag 11, Křižkova 15 • Zlitzsch: 20795, 31409, Kohnstr. 11, (ab 21 Uhr): 33556 • Döllschitz: 57546

12 Jahrgang.

Dienstag, 1. November 1932

Nr. 257.

## Große politische Parteitage-Debatte.

### Der Parteitag stimmt nach dem Schlußwort Dr. Czechs dem Verbleiben in der Koalition zu.

Unter dem Vorsitz des Genossen De Witte wurden Sonntag vormittag die Verhandlungen des Parteitages fortgesetzt. Der Vorsitzende erteilt unter langanhaltendem Beifall des Kongresses zunächst dem Genossen

#### Dr. Karl Renner

zu einer Begrüßungsansprache das Wort. Doktor Renner führte in seiner gedankenvollen Rede, der der Parteitag mit größter Aufmerksamkeit lauschte, im wesentlichen folgendes aus:

Werte Genossen! Den Auftrag des Parteivorstands der österreichischen Sozialdemokratie an mich, Ihrem Kongress als Delegierter beizuwohnen, habe ich mit großer Freude angenommen; sowohl wegen des Interesses, das die ganze Internationale an Ihren wichtigen Beratungen und Entscheidungen nimmt, als auch wegen der alten Gemeinschaft, die uns miteinander verbindet.

Dr. Renner schildert nun zunächst den gewaltigen Kampf, den zur Zeit die österreichische Arbeiterklasse unter gewaltigen und blutigen Opfern führt. Sodann erinnert er daran, daß es jetzt fast genau anderthalb Menschenalter sind, seitdem sich im alten Oesterreich die Vertreter der Arbeiterklasse aller Nationen in Gastein zu brüderlicher Kampfgemeinschaft unter den drei Parteien zusammenschlossen.

#### Politische Freiheit — soziales Recht — friedliche Verständigung der Nationen im Land und in der Welt.

Die Staatsrennung hat auch uns voneinander getrennt; mit ganz verschiedenen Methoden und gegen ganz verschiedene Fronten müssen wir jetzt unsere Kämpfe führen. Wir alle haben gemeint, daß nach dem Aufbau der österreichischen und tschechoslowakischen Republik, die Demokratie gesichert sei. Aber wir sehen jetzt, daß die Weltkrise mit ihrer tiefen Erschütterung des Kapitalismus einen gewaltigen Ansturm der kapitalistischen Kräfte gegen die Demokratie international eingeleitet hat. In dieser Zeit können wir keine weiteren Errungenschaften erringen, sondern müssen die Demokratie verteidigen. Wir in Oesterreich müssen es tun mit der wirtschaftlichen Macht und mit den Weibern des Proletariats. Seit 1920 sehen wir außerhalb der Regierung: gelegentliche Versuche, die Demokratie durch Teilnahme an der Regierung zu schützen, was uns verwehrt. Sie hier sind augenblicklich in der Dringlichkeit, die Demokratie und die erlangten Rechte durch Teilnahme an der Regierung zu verteidigen. Wir bezogten den Kampf mit blutigen Splittern und Sie haben es schwer, allen Krisenopfern begreiflich zu machen, daß der Weg, den Sie gehen, der richtige ist. Oesterreich ist vom Faschismus bedroht, der aber durch unsere Gegenwehr nicht siegreich wurde. In der Tschechoslowakei ist der Faschismus dank ihrer politischen Weisheit noch machtlos.

Nach sind die Tschechoslowakei und (mit einiger Einschränkung) Oesterreich zwei feste Säulen der Demokratie inmitten eines faschistischen Meeres. Schätzen Sie das nicht gering ein! Wir freuen uns darüber, daß die Tschechoslowakische Republik sich zur Stunde noch erwehrt, eine Tatsache, die der österreichischen Republik und ihrer demokratischen Bevölkerung die Tschechoslowakei nach längerer Entfremdung weitens näher gebracht und Sympathien begründet hat, die sich in einer Zusammenarbeit beider Staaten bei der Lösung der großen europäischen Probleme äußern wird.

Was die Gasteiner Parole des sozialen Rechts anlangt, so wissen wir genau, daß soziale Befreiung noch lange nicht Sozialismus ist. Aber jetzt haben wir in der Verteidigung des sozialen Rechts im Nationalsozialismus als einer radikal tuenden, gewalttätigen, den Namen des Sozialismus sich aneignenden und alle soziale Errungenschaften in Frage stellenden Bewegung einen außerordentlich gefährlichen Gegner gefunden. Dieser Kampf bedroht die Arbeiterklasse an Leib und Leben. Ich glaube nicht daran, daß ein solcher Kampf leicht mit der Niederlage der Arbeiterklasse enden könnte; dazu ist sie zu reif und ihre physische Kraft zu stark. Aber es ist in diesem Kampfe ein ernstes Problem, daß die nationalsozialistische Bewegung die Mittel der öffentlichen Gewalt auf ihre Seite bringen könnte.

die Zentral-Ordnung der öffentlichen Gewalt

muss ernsthaft mitzuziehen werden, wenn man sich über die Fragen der Staatsgewalt und der Teilnahme an der Staatsregierung klar werden will.

Was uns in Oesterreich heute beschäftigt, kann Sie morgen beschäftigen; heute aber gilt für Sie, diese Gefahr zu verhüten.

Und nun die dritte Gasteiner Parole:

#### Verständigung der Nationen.

Im alten Oesterreich haben wir jahrelang gemeinsam international gekämpft und auch in der Zeit der Trennung das internationale Programm nicht als eine Feiertagszeremonie, sondern als harte Arbeit betrachtet. Nun haben wir in Oesterreich ein Staatswesen, das als reiner Nationalstaat zu betrachten ist, während Sie im Grunde genommen das alte Oesterreich geerbt haben.

#### Sie sind ein Nationalstaat mit Nationalitätencharakter.

(Verständnisvolle Heiterkeit des Parteitages.)

Aber trotz der Verschiedenheit haben wir uns beide des nationalitätlichen Anstrichs zu erwehren, für den freilich ein Staat vom Charakter des tschechoslowakischen noch mehr empfänglich ist. Auch dieser Kampf für den Gedanken der Völkerverständigung fordert Opfer von uns, muß aber trotz zeitweiser Rückschläge durchgehalten werden.

#### Es ist nicht gut, von der Linie des Prinzips abzuweichen, um etwa noch Irrende in den eigenen Reihen zu erhalten (Stavrouf).

Man muß manchmal auch die Politik der Wahrung des inneren Kerns der Bewegung machen und Opfer bringen in der Gewissheit, sie später zurückholen und neue Anhänger zu gewinnen.

#### Und da erfüllt es uns nun mit großer Freude, daß Sie und die tschechischen Genossen so fest zusammenarbeiten.

wie es gestern hier in den Bekenntnissen Campfle und Czechs neuerlich klar zutage trat.

Bei dieser Fortführung der internationalen Verständigung steht Großes auf dem Spiel. Die Weltwirtschaftskrise wird verschärft durch den Eigensinn und die Sonderbestrebungen der einzelnen Staaten. Zur Überwindung der Krise gehört aber Verständigung der Staaten, Vereinigung zu wirtschaftlichen Zielen. Genf, Lausanne und Straßburg haben nur deshalb so kühnere Ergebnisse gehabt, weil in den einzelnen Staaten nicht unsere Welt, nicht die proletarische Internationalität, sondern Kapitalismus und Nationalismus übermächtig sind. Die große Weltkrise kann nur geheilt werden und im weiteren Gefolge der Weltkapitalismus nur gestiftet werden durch internationale Zusammenarbeit, welche letztere aber nur verbürgt wird, wenn das Proletariat in den wichtigsten Staaten entscheidenden Einfluß hat. Nicht der Weg nach Genf und Lausanne und Straßburg ist schlecht, sondern diejenigen, die ihn gehen, sind untreu und unwillig. Diejenigen, die rein von Willen sind, das ist das international denkende, sozialistische Proletariat. (Beifall.) Und so ergibt sich die Erwägung: Wie bemächtigen wir uns des entscheidenden Einflusses auf die Staaten, um die internationale Gemeinschaft der Völker zu formen und auf diesem Wege die Welt vom Kapitalismus zu befreien, nach Aufrichtung einer größeren Gemeinschaft, in der wir wieder Schulter an Schulter kämpfen werden. (Dr. Renner schloß mit einem herzlichen „Freundschaft!“; seine Rede fand langem stürmischen Beifall des Parteitages.)

Genosse De Witte dankt namens des Präsidiums dem Genossen Renner für seine Begrüßungsworte: Unzerstörbare und unzerstörbare Bande verbinden uns mit der österreichischen Arbeiterklasse, die uns Lehrmeister und Führer gab. Alle Sorgen und Kämpfe der österreichischen Arbeiterklasse berühren auch uns auf das tiefste. Es ist mehr als ein Gelübde, wenn wir unsere Brüder im alten Lande grüßen und sie unserer tatkräftigsten Solidarität versichern. — Wir können nun auf unserem Parteitage eine Reihe weiterer lebenswichtiger Gäste begrüßen, die Genossen Bichner, Dr. Reichner, Dr. Döcker, Dr. Led Winter, den Chefredakteur des „Pravda Lidu“, Genossen Stibin und den Zentralsekre-

tär unserer Bruderpartei, Genossen Durdz. (Jede Namensnennung wird von langanhaltendem Beifall begleitet.)

Namens des Präsidiums habe ich folgendes mitzuteilen. Im Zuge der Verhandlungen über die Regierungsumbildung ist es zu einer Lösung gekommen, die Sie bereits kennen, die an dem Koalitionsgefüge nichts ändert, aber einige der bürgerlichen Regierungsmitglieder durch andere ersetzt. Es ist notwendig, daß der Parteitag einen Bericht über diese Verhandlungen bekommt, den Genosse Taub erstatten wird.

#### Genosse Taub über die Regierungs-Umbildung

Genosse Taub führte im Wesentlichen aus:

In seinem gestrigen Referat hatte Genosse Dr. Czech die Möglichkeit, in dem Abschnitt über die Innenpolitik Sie über alle wichtigen Vorgänge zu informieren. Sie werden aber nicht nur aus diesem Bericht, sondern aus der Verfolgung der Kämpfe in der Zeit erkannt haben, worum es sich gehandelt hat. Nicht nur unser Parteivorstand hat sich mit der Situation beschäftigt, sondern auch in gemeinsamen Beratungen mit den tschechischen Genossen wurde der Standpunkt zu den Kardinalfragen präzisiert. Es handelt sich um Lebensfragen für die Arbeiterklasse, für die Demokratie. Ohne Lieberbreitung kann gesagt werden, daß es die schwersten Kämpfe waren, die wir in der abgelaufenen Zeit durchgeföhrt haben. Als Dr. Czech die These von der Anpassung der Löhne an den Lebensindex predigte, sind nur die sozialistischen Parteien gegen diese These mit Entschiedenheit aufgetreten und keines der Blätter, die heute als Beschützer der öffentlichen Angestellten auftreten, ließ ein Wort gegen diese Theorie laut werden. Als Dr. Czech die These verteidigte, hat sich wieder kein einziges bürgerliches Blatt und keine bürgerliche Partei herbeigeschoben, dagegen aufzutreten. Wir waren die einzigen, die gegen diese Auffassung mit aller Entschiedenheit aufgetreten sind. Die Pläne gingen aber weiter.

#### Es hat sich darum gehandelt, das parlamentarische Regime auszuhalten und ein Beamtenkabinett zu stellen. Was das für die Demokratie, für den Parlamentarismus und für die Arbeiterklasse bedeutet, brauche ich nicht zu sagen.

In langwierigen nervenaufreibenden Kämpfen haben wir uns dagegen gewehrt. Daß uns der Abbau der Staatsbeamtengehälter nicht leicht gefallen ist, brauche ich nicht zu sagen. Wir, die wir immer die Interessen der Beschäftigten verfochten haben, auch zu einer Zeit, als nur eine schmale Schicht von ihnen sich zu uns bekannte, haben uns schließend vor sie gestellt. Ohne den Widerstand der sozialdemokratischen Parteien wäre der Gehaltsabbau schon längst Tatsache geworden. Im Finanzprogramm hat es sich um zwei Fragen gehandelt,

#### Die Debatte:

##### Lorenz-Asch:

So sehr wir mit den Ausführungen des Genossen Dr. Czech übereinstimmen, so sehr müssen wir uns dessen bewußt sein, daß nicht alle Mitglieder unserer Partei und viele andere Angehörige der Arbeiterklasse der gleichen Meinung sind. In dem Bericht des Aufrichter Parteitages hat uns besondere Erwägung geföhrt, daß die internationale Situation und die Notwendigkeit des Zusammenwirkens mit den tschechischen Genossen eine andere Entscheidung nicht zulassen. Es ist allerdings die Frage, ob uns die Wählerchaft im Jahre 1933 schon so stark gemacht hat, daß wir die Befragung einer Koalitionsregierung schon auf uns nehmen könnten. Wir haben im Rücken die Spalter der Arbeiterklasse. Die Wirtschaftskrise und der Widerstand des Bürgertums haben unsere Erfolge fast restlos in Frage gestellt. Die Koalitionsregierung hat mit einer Reihe schwerer Belastungen getrachtet. Wir tragen nicht etwa nur den Teil der Verantwortung, der unserer Stärke in der Koalition entspricht, sondern die Gesamverantwortung für alle Handlungen und Ereignisse, die sich in dieser Regierung und unter ihr vollziehen. Wenn etwa heute die „Deutsche Presse“ schreibt, daß den Staatsbeamten die Ge-

die unser Interesse hatten; die Herabsetzung des Zuschusses nach dem Genter System von 18 auf 12 Kronen und die Ausschaltung der Kriegsbeschädigten bis zu 20 Prozent aus den Bezügen. Dagegen mußten wir selbstverständlich mit aller Kraft auftreten. Darum ist der Kampf gegangen und von diesem Gesichtspunkte müssen Sie alles das prüfen, was jetzt unmittelbar geschehen ist. Die vorgetragene Parteivorstandsbesetzung hat die Unterhändler der Partei ermächtigt, in gewissen Grenzen Vereinbarungen zu treffen. Der Vollzugsausschuß der tschechischen Partei hat seinen Unterhändlern ebenfalls Direktiven gegeben. Wie sehr oft in der Politik, reifte die Entscheidung rasch heran. Pünktlich um halb 5 Uhr nachmittags kam es zu den entscheidenden Beratungen. Ursprünglich war geplant ein Abbau der Staatsbeamtenbezüge, der eine Ersparnis von 925 Millionen bringen sollte, dann 750 Millionen; was gegenwärtig in Aussicht genommen ist, bedeutet einen Abbau von 600 Millionen. Die Beamten sollen in drei Gruppen eingeteilt werden, in solche mit 9000 bis 12.800 Gehaltsgrundlage, wobei vorgezogen ist, eine Unterteilung der Kategorien von 9000 bis 10.800 bei einem Abzuge von 3 Prozent, bei 10.800 bis 12.800 von 5 Prozent, bei 12.800 bis 15.000 von 8 Prozent und über 15.000 von 10 Prozent. Bei den Pensionen ist bei der Pension von 20.000 bis 30.000 K ein Abbau von 10 Prozent, bei 30.000 bis 40.000 von 12 Prozent und bei über 40.000 Kronen von 15 Prozent vorgenommen werden. Alle Angestellten sollen verhalten werden, einen Beitrag zur Pensionsversicherung zu entrichten.

#### Die geplanten Angriffe auf das Genter System und auf die Kriegsbeschädigten können als abgewehrt bezeichnet werden. (Beifall.)

Wegen Abstriche im Budget, die 30 Millionen betragen sollen, wird weiter verhandelt und es wird sich neben der Regierung eine parlamentarische Körperschaft beschäftigen.

Das ist in großen Zügen das, was wir uns gestern bereitgefunden haben, an der Koalition, in der gegenüber dem früheren Zustande ein Personen-austausch vorgenommen wurde, weiter teilzunehmen. Ich bitte alles das unter dem Gesichtspunkte zu betrachten, daß es sich darum gehandelt hat.

#### vitale Interessen der Arbeiterklasse sowohl in materieller wie in ideeller Beziehung zu wahren.

Ich glaube sagen zu können, daß der Parteivorstand alles getan hat, was im Bereiche seiner Möglichkeit und Kraft gelegen war. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Genosse De Witte weist darauf hin, daß es zeitlich nicht möglich war die Umbildung der Regierung in anderer Form vorzunehmen und mitzuteilen. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß für die Entscheidung nur der Parteitag zuständig ist. Für ihn ist die Entscheidung vollkommen frei geblieben.

hälter abgebaut werden, während der Fürsorgemitteln auf dem Parteitag sprach, so dürfen wir über solche Argumente nicht mit einer Handbewegung hinweggehen. Es ist richtig, daß es um vitale Lebensinteressen des Proletariats geht. Das verstehen wir. Wohin führt aber der Weg? In kurzer Zeit wird uns die sogenannte Verhinderungspolitik neue Paktchen auferlegen. Schon das, was gestern geschehen ist, wird uns neue Paktchen bringen. Durch die Bewilligung des Militärbudgets verletzten wir die Gefühle der Arbeiterklasse. Wenn wir zu den Arbeitslosen gehen und ihnen sagen, daß wir das alles machen müssen, um ihnen die 10 Kronen Unterstützung zu erhalten, so finden wir dafür kein Verständnis.

#### wenn noch immer Kanonen gebaut und die Generäle gefüttert werden.

In der Frage des Militarismus müßten die tschechischen Genossen doch versuchen, eine Generalprobe ihrer internationalen Solidarität abzulegen. (Starker Beifall.) Wenn Genosse Hampl sagt, wir wollen den deutschen Genossen die Situation erleichtern, so hoffen wir, daß diesen Worten auch die Tat folgen wird. Die Genossen müssen doch sehen, was in unseren Grenz-



gebieten vorgeht! Der Mehrheitsbeschluss dieses Parteitages wird für uns gefehlt sein, aber er ist gewissenhaft zu prüfen. (Beifall.)

**Hruscha-Troppau:**

Die Liebe zur Partei ist es, die unsere Vertrauensmänner das Für und Wider erwidern lässt. Die Regierungskrise ließ tausende Arbeiter aufhorchen. Niemand ist für die unbedingte Teilnahme an der Koalitionsregierung, denn zu schwer waren die Schläge, die wir schon mitgemacht haben: Steuern, Zölle, Volkspolizei- und Jungsporthilfe, Benachteiligung der Deutschen durch die Bürokratie, die Minderheitspolitik. Die bürgerliche Presse stürzte sich, Hühner gleich, auf diese Erscheinungen. Rot und Glend der Arbeitslosen werden von den Gegnern ausgenutzt zur Verhöhnung der Czech-Karten. Aber auch die Verächter der Forderung nach dem Austritt aus der Regierung ernten bei den Gegnern kein Lob. Der „Vorwärts“ schreibt, das sei alles Betrug. Sollen wir die Hinte ins Korn werfen? Im Kreise Troppau haben sich viele Konferenzen mit der gegenwärtigen Situation und der Politik der Partei beschäftigt. Wir haben immer gesagt, was uns nicht gefällt, aber wir haben auch gesagt, was wir uns erlängern und was wir verhindern haben. Furchtbar ist die Not in den schlesischen Industriegebieten. In allen Bezirkskonferenzen, die sich mit dieser Notlage und der Arbeit unserer Partei beschäftigt haben, wurde dem Parteivorstand und dem parlamentarischen Klub, insbesondere aber dem Genossen Dr. Czech, das Vertrauen ausgesprochen. Aber nicht nur die Konferenzen haben so entschieden, sondern auch die Arbeiter bei den Wahlen der Betriebsräte, bei denen die Hakenkreuzler und Kommunisten schwere Verluste erlitten. Auch bei den Gemeindevahlen haben wir den Gegnern Niederlagen beibringen können.

**Wir glauben also feststellen zu können, daß die Arbeiterschaft die Politik der Partei billigt.**

Trotzdem ist es aber notwendig, daß der Wunsch der Arbeiterschaft nach dem Ausbau der Erwerbslosenfürsorge gefördert werde.

Die Gewerbebehörden müssen auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen bedacht sein. Das Problem der Doppelverdienerei muß erörtert, Mittel zu Investitionen müssen bereit gestellt werden. Die Vertrauensmänner, die unter den Arbeitern für die Partei werben, müssen an sie und ihre Sache glauben! Man kann die Politik der Partei nicht erfolgreich verteidigen, wenn man nicht auf dem Boden dieser Politik steht. Es ist bequem, manchen Leuten nach dem Munde zu reden, aber diese Bequemlichkeit darf für uns nicht gelten. Unser Motto heißt: Einigkeit, Aktivität, Disziplin. Lassen wir uns von der Demagogie der Gegner nicht unterliegen. Die Arbeiter glauben zu viel den Argumenten der gegnerischen Presse. Der bisherige Weg der Partei ist nach meiner Ansicht der richtige. (Beifall.)

**Richard Reitzner-Bodenbach**

erklärt, er habe es nicht nötig, irgendwelche Hoffnungen auf Erfolge in der Koalition zu begraben, weil er nie solche Hoffnungen gehabt habe. Er habe indes seit gestern eine Hoffnung begraben, nämlich die, daß der Parteitag eine entscheidende Wendung in der Taktik der Partei bringen werde.

**Man hätte den Parteitag befragen müssen, ob wir weiter Koalitionspolitik machen sollen.**

Ein solcher Mehrheitsbeschluss wäre uns allen heilig gewesen. Der Grundgedanke der Parteipolitik ist der des sogenannten kleineren Uebels. Aber es gibt tausende von Parteimitgliedern, die lieber schlimmere Maßnahmen auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet in Kauf nehmen würden, wenn sie nicht mit Zustimmung unserer Genossen geschähen. Die Massen verstehen dieselbe unsere Politik nicht und über die Massen hinaus verstehen auch viele Vertrauensmänner diese Politik nicht. Wichtig ist, daß der Parteiparagraf unerschütterlich ist, aber wir dürfen den Wert der Organisation nicht darüber stellen, was die Organisation leisten soll. Unsere primäre Aufgabe besteht darin, Träger der sozialistischen Idee zu bleiben. Es darf nicht in Zukunft so sein, daß wir in der Partei überwuchert werden mit Tagesfragen. Drei Dinge sind für unsere Arbeiterschaft wichtig: die nationale Befreiung, die besonderen Wirtschaftserfordernisse in diesem Lande und die Frage des Faschismus. In der nationalen Frage müssen wir uns unsere selbständige Betrachtungsweise bewahren. Unsere nationalen Forderungen liegen nicht nur in unserem Interesse, sondern auch in dem des tschechischen Proletariats. Wird die deutsche Arbeiterbewegung geschwächt, dann wird auch das tschechische Proletariat geschwächt. Die Beteiligung an der Koalition ist auch nicht imstande, faschistische Gefahren hintanzuhalten. Man muß es einmal nachdrücklich aussprechen: Bis hierher und nicht weiter! (Beifall.)

**Wenzel Krippner-Brandau**

spricht als Redner der Arbeiter und Arbeitslosen des Erzgebirges. Die Arbeiter aus den Grenzgebieten leiden unter der Wirtschaftskrise besonders schwer. Alle Waren sind dort bis zu zehn Prozent teurer als anderswo. Schon während des Krieges herrschte in dieser Gegend ein unbefriedigendes Glend. Auch unmittelbar nach dem Kriege litten die Arbeiter besonders schwer, weil sie durch die Grenzbesetzung verhindert waren, ihrer Arbeit jenseits der Grenze nachzugehen. Dann kam die deutsche Inflation, die zur Folge hatte, daß sich die Arbeiter, welche ihre Löhne in Mark belahmen, nicht einmal lassen konnten. Infolge der Wirtschaftskrise in Deutschland geht es den Arbeitern der dortigen Gegend seit 1928 wieder schlechter. Der schlesische Arbeitsplatz ist für die Arbeiter der tschechoslowakischen Grenzgebiete vielleicht für immer verloren gegangen. Arbeitsmöglichkeiten gibt es diesseits der Grenze nur wenige, das wenige wurde uns durch den Einfluß des Genossen

Dr. Czech gestohlet. Die Arbeitslosen der deutschen Grenzgebiete weisen die Angriffe der Bürgerlichen, insbesondere der Agrarier zurück, daß sie nur Fäuler sind. Die Agrarier mögen in das Erzgebirge hinausgehen und sich dort umschauen. Die Gegner der Ernährungskarten mögen es nur versuchen, mit den Arbeitslosen zu tauschen.

**Die Arbeitslosen des Erzgebirges rufen: Gebt uns Brot und Arbeit!**

Wenn gefragt wird, der Staat habe für die Arbeitslosen kein Geld, dann möge die Vorlage über den Konsums-Gesetz werden. Mögen es die Bürgerlichen nicht zu Hungerrevolten kommen lassen! Auch für die Arbeitslosen ist es nicht gleichgültig, ob wir in der Regierung oder außerhalb der Regierung stehen. Jedenfalls muß auch hier die Lösung befolgt werden, nur gemeinsam mit den tschechischen Sozialdemokraten zu kämpfen und zu siegen! (Beifall.)

**Hubert Leinsmer-Komotau:**

Dem Parteitag liegen einige Anträge zum Austritt aus der Regierung vor. Diese Anträge sind gestern durch vollzogene Tatsachen erledigt worden, aber es ist trotzdem notwendig, zu prüfen, ob unsere politische Taktik richtig ist. Die Erwartungen, die überall an die Koalitionspolitik geknüpft wurden, haben sich nicht erfüllt. Es ist nicht gelungen, durch die Koalition die Demokratie zu festigen und den Vormarsch der Reaktion aufzuhalten. Die Ereignisse in Deutschland sollten uns hierfür eine Lehre sein. Die Ursachen für die Mißerfolge der Koalitionspolitik liegen darin, daß die Teilnahme an der Koalition von den Massen nicht verstanden wird. Die Massen wollen den Sozialismus, sie wollen, daß die Krise mit anti-kapitalistischen Methoden bekämpft wird. Der Masse genügen negative Erfolge nicht. Ihr erscheinen die wenigen positiven Erfolge viel zu gering, als daß sie damit zufrieden sein könnten. Die Masse hat kein volles Verständnis dafür, daß die Sozialdemokratie in der Reichstammer der Koalition gescheitert ist. Vergessen wir nicht, auf diese Stimmung der Masse Rücksicht zu nehmen, denn ohne die Masse werden wir unser Ziel nicht erreichen. Es besteht bei uns keine große Hoffnung mehr, daß wir viel aus der Koalition herauszuholen werden. Wir werden kaum imstande sein, Errungenes zu behaupten. Die Krisenopfer werden mit unserer Politik immer unzufriedener und die Partei wird das zu büßen haben. Aber die Lage bei uns wird noch dadurch kompliziert, daß wir unsere Entscheidungen nicht allein treffen können. Wir müssen auch auf die Wünsche der tschechischen Genossen, die der härtere Bundesgenosse sind, Rücksicht nehmen. Für sie aber und für ihre Politik sind andere geschichtliche und wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend als für uns. Es wird aber auch einmal für sie der Zeitpunkt kommen, wo für sie der Austritt aus der Regierung aktuell ist. Es wäre eine Katastrophe für den Sozialismus, wenn die beiden sozialdemokratischen Parteien sich nach vierjähriger Zusammenarbeit trennen. Dieses Band der Gemeinsamkeit darf nicht zerrissen werden (Beifall). Wir müssen daher eine solche Politik machen, die uns weder mit den tschechischen Genossen entzweit, noch bei den Massen entfremdet. Wir werden in der Regierung bleiben, aber wir müssen an unsere Vertreter in der Regierung den Appell richten, die Entwicklung in Deutschland als ständige Mahnung im Auge zu behalten und wir müssen sie bitten: Seid unangetrieben denn je bei der Vertretung proletarischer Forderungen, führt den Kampf gegen den bürgerlichen Gegner offensiver und haltet Euch stündlich bereit, von dem unsicheren Fahrweg der Koalitionspolitik abzuweichen. Unser Ziel ist die Bewirkung der sozialistischen Idee, dieses Ziel können wir aber nur mit den Massen des werktätigen Volkes erreichen (Beifall).

**Karl Schwarz-Leitmeritz:**

Ich glaube, daß so wie es zu viel Konjunktur-Optimismus gegeben hat, es augenblicklich auch unter den sozialistischen Denkern zu viel Pessimismus gibt. Es wäre abwegig, sich mit der kommunistischen Theorie von der Endkrise des Kapitalismus zu identifizieren. Aber wir müssen auch aussprechen, daß uns der kommende Winter eine Intensität der Krise bringen wird, wie nie zuvor. Damit hängt auch unsere Stellung in der Regierung zusammen. Ich glaube, daß der Austritt aus der Koalition gegenwärtig eine politische Ungeschicklichkeit wäre. Es ist irreführend zu glauben, daß wir in der Opposition bei den Massen Erfolge erzielen könnten. Eine Oppositionspartei erzielt heute keine wesentlichen Erfolge mehr. Lassen wir uns auch nicht durch die Entwicklung der Hakenkreuzbewegung täuschen. Ihr Ausschluß bei uns ist doch zum Teil das Ergebnis der Suggestion der Entwicklung in Deutschland. Aber bald wird sich wohl in Deutschland zeigen, daß dem Aufstieg der Hakenkreuzbewegung die Weite folgen wird. Wenn wir also in der Regierung bleiben, dann müssen wir uns für unseren Kampf eine andere Plattform geben. Wir dürfen niemals darauf vergessen, daß das Schicksal der Demokratie in Europa von der politischen Entwicklung in der Tschechoslowakei sehr entscheidend beeinflusst wird. Unsere Aufgabe und Zukunft muß darin bestehen, unsere Forderungen mehr in den Vordergrund zu rücken, um der Wählerchaft zum Bewußtsein zu bringen, daß die Koalition gemissermaßen nichts anderes als ein verfeinertes Parlament darstellt, in dem wir mit aller Kraft für die proletarischen Forderungen kämpfen. Diese Forderungen müssen von dem Willen der Massen getragen sein. Mit aller Energie müssen wir für die Herabsetzung des Militärbudgets eintreten. Wir müssen die Macht der Bürokratie brechen. Es darf aber auch nicht mehr vorkommen, daß sich ein Dr. Reich anmacht, den politischen Parteien Richtlinien für ihre Politik zu geben. Ich glaube aber, aber allem steht doch unsere Zusammen-

arbeit mit den tschechischen Genossen. Wir freuen uns, daß sie soviel Verständnis für die Besonderheit unserer Lage haben und danken ihnen dafür, daß sie uns dadurch unsere Situation erleichtern. (Beifall.)

**Rudolf Geißler-Teplitz:**

Dem Ergebnis des Parteitages blüht auch die Jugend mit großem Interesse entgegen. Es ist notwendig, hier die wirtschaftlichen Forderungen der proletarischen Jugend anzumelden. Die Zahl der langfristig ausgefertigten Jugendlichen ist in den letzten Jahren besonders gewachsen. Wenn man die ganz ähnlichen Verhältnisse in Deutschland als Vergleich nimmt, wo von 100 Arbeitslosen 15 im Alter von 14 bis 21 Jahren stehen, so bedeutet das auf die Tschechoslowakische Republik umgerechnet eine Zahl von nahezu hunderttausend arbeitslosen Menschen im Alter von 14 bis 21 Jahren. Und wenn man die sudetendeutschen Bezirke betrachtet, die nahezu 10.000 Arbeitslose haben, so wissen wir, daß in jedem einzelnen tausend junge Menschen sind, die die furchtbare Not leiden. 40 von je hundert Mitgliedern des Sozialistischen Jugendverbandes sind arbeitslos und in dieser Zahl sind die Agrararbeiter überhaupt nicht berücksichtigt! Wir haben Gruppen, wo von 50 Mitgliedern nicht ein einziges arbeitslos ist. Da gibt es für uns eine große Frage: Was sind für diese Jugend der Arbeiter- und Bauernschaft die Arbeitszeitfrage, die Krankenversicherung und alle anderen, sicher wertvollen Erwerbungen? Wir müssen feststellen, daß die wirtschaftliche Lage noch nie so schlecht gewesen ist und

**daß der Jugend unter allen Umständen geholfen werden muß.**

Die Bürokratie verfolgt den Jugendverband mit allen möglichen Schikanen, sie hat den Kampf aufgenommen gegen die gesamte junge sudetendeutsche Generation. Wahr ist das eine, daß wir für diese Dasein der Bürokratie die vollste Verantwortung zu tragen haben. Wir richten an unsere Vertreter in der Regierung und in allen öffentlichen Stellen das Verlangen, für folgende Forderungen mit aller Entschiedenheit einzutreten: Einführung der gesetzlichen Unterstützung der Arbeitslosenjugend; Überall Erleichterung von Heimstätten; Weiterbeschäftigung der Angehörigen durch ein Jahr; Schaffung von Sammelwerkstätten für jene, die keine Lehrstelle finden.

**müssen die Rüstungen herunter!**

Denken wir daran, welche Stellung die tschechische sozialdemokratische Jugend auf dem Internationalen Kongress der Jugend eingenommen hat, wo sie erklärte: Wir werden nie und nimmer dafür sein, daß der bisherige Rüstungsstand aufrecht bleibt. Wir hoffen, daß auch die Partei diese Ansicht vertreten wird; ohne Rücksicht auf die jeweiligen tatsächlichen Erfordernisse müssen wir immer entschieden gegen den Militarismus stehen (Beifall.)

Genosse de Witte gibt bekannt, daß von der Emigrantengruppe Blagosloj in Wien ein Begrüßungstelegramm eingelangt ist. Die Sitzung wird um halb 1 Uhr unterbrochen.

Um 2 Uhr wird die Verhandlung wieder aufgenommen und die Debatte fortgesetzt.

**Adolf Schmid-Probstau:**

Das Problem der Teilnahme an der Koalitionsregierung schafft langsam feilsche und Gemütskuriositäten. Ich kann von verschiedenen Genossen, welche gegen die Teilnahme an der Regierung opponiert haben, nachhören. Wir stehen auf der einen Seite leidet noch viel zu sehr in der parteipolitischen Gefühlswelt: von früher, während wir auf der anderen Seite verlanbendmäßig dazu geführt werden, das Problem anders anzusehen. Ich glaube, daß wir den Leidensweg doch weiter gehen und das Gohgartha ganz auflösen müssen. Im Referate des Genossen Dr. Czech habe ich eine Stellungnahme zum Agrarfaschismus vernimmt. Wenn wir in diesem Augenblick auf die letzten Jahre zurückblicken: Was haben uns die Leute aus dem anderen Lager, unsere Partner in der Koalition, nicht alles angehan, wie haben sie den Genossen Czech herumgezerrt! Das muß in Zukunft abgestellt werden. Wir müssen uns mit dem Wesen des Agrarfaschismus mehr beschäftigen, denn wir werden auf die proletarischen Reserven am Lande noch angewiesen sein. Bei den Gemeindevahlen haben wir in den ländlichen Gebieten überall ganz schöne Erfolge errungen. Der Arbeiter beschäftigt sich hierauf mit der Bedeutung, welche das Finanzkapital in der jetzigen Krise hat, und erklärt, daß sein Verschulden an dem wirtschaftlichen Zusammenbruch das weitaus schwerere und größer als das Verschulden auf der Produktionsseite sei. Zur Frage der 40-Stunden-Woche weist er darauf hin, daß heute die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden nur eine kleinere Milderung der Arbeitslosigkeit bringen könne und allein nicht zureiche, er warnt davor, sich in dieser Beziehung Illusionen hinzugeben. Abschließend befragt er die Schaffung eines neuen Parteiprogrammes, denn es genüge nicht die Analyse der Wirtschaft, sondern es müßten daraus die Konsequenzen gezogen werden. (Beifall.)

**Fritz Kessler-Bodenbach:**

Die Gemeindevahlen und alle Nachwahlen haben gezeigt, daß wohl ein beträchtlicher Teil der Massen die Koalitionspolitik der Partei versteht, daß sie aber dort, wo sich das Industrieproletariat zusammenballt, zum überwiegenden Teil nicht verstanden und nicht gebilligt wird. Wir „Linken“ stellen fest, daß keinerlei Kritik an dem Verhalten unserer führenden Genossen berechtigt wäre, daß sie vielmehr, die deutschen und die tschechischen, das Mögliche in der Koalition nicht

nur gemollt, sondern auch erreicht haben. Aber die historische Situation war zum Regierungseintritt, zu dem übrigens feinerzeit die Betriebsarbeiter und Vertrauensleute und nicht die führenden Genossen drängten, nicht reif. Wir durften auch nicht, so wie es Reinyer getan hat, uns von diesem Parteitag eine entscheidende Wendung versprechen, wohl aber hätte gestern überprüft werden müssen, ob nicht auch im Hinblick auf die internationale Situation und auf die Situation in allen maßgebenden Bruderparteien in Europa auch bei uns ein Wandel der Einstellung bedingt war. Im übrigen dürfen wir uns nicht wegen des Koalitionsproblems in eine Abwehrstellung durch die politischen Gegner drängen lassen. Es gibt neben dem Koalitionsballast noch das Große, Aufstrebende, das uns alle verbindet und den Gegner verwundet: Das Danken des kapitalistischen Systems, das große Gefühl, daß wir eine historische Zeitemende miterleben. Die Massen nähern sich, auch soweit sie uns noch fernstehen, ideologisch immer mehr. Der Weg, den wir zu gehen haben, müssen wir untrennbar mit den tschechischen Genossen gehen. Wir erleben ein neues zweites Schicksal, eine einzige und einzige sozialdemokratische Partei in diesem Staate. (Beifall.)

**Dr. Emil Strauß-Prag**

erklärt, daß wir uns nicht nur in einer schweren Wirtschaftskrise, sondern in einer schweren Krise der menschlichen Gesellschaft befinden, in der es um Sein oder Nichtsein der europäischen Kultur geht. Trotz aller Rückschläge der Arbeiterbewegung ist der Sieg des Sozialismus als Idee entschieden, denn weit über die Kreise des organisierten Proletariats ist die Erkenntnis gebrungen, daß der Kapitalismus die Welt aus der Todgasse nicht mehr hinausführen kann. Selbst wenn eine Konjunktur in naher Zeit kommen sollte, so wird es in dieser Konjunktur mehr Arbeitslose geben, als in den meisten Krisen der Vorkriegszeit. Der Kapitalismus vermag auch in den Konjunkturzeiten die industrielle Weltbevölkerung nicht mehr aufzufangen. Als kapitalistisches Mittel, die Wirtschaft aufrecht erhalten zu wollen, müssen wir unseren Außenhandel verschließen. Das Problem der internationalen Schuldensahlungen ist unlösbar, weil sich die Gläubiger dem Export der Waren der Schuldnerländer verschließen. Der Versuch des Kapitalismus durch Kartelle die Planmäßigkeit der Produktion herbeizuführen, scheitert, weil die hohen Preise der Kartelle jeden Auftrieb verhindern.

**Es wäre falsch, sich auf eine künftige Konjunktur zu verlassen, wir müssen vielmehr die Schwierigkeiten des Kapitalismus anzukämpfen zum Sturz der bürgerlichen Gesellschaft. (Beifall.)**

Das Wort Tarnows, die Sozialdemokratie sei der Art am Krankenbett des Kapitalismus, ist falsch und geistlos, irrige Vorstellungen vom Wesen der Sozialdemokratie zu erzeugen (Beifall). Freilich ist es auch die Aufgabe der Sozialdemokratie, die Menschen am Leben zu erhalten und demogen wird man unter Umständen Koalitionspolitik treiben können, die aber nur eine vorübergehende Erscheinung ist. Auch für die Koalitionspolitik müssen wir die Massen gewinnen, aber wir können die Massen und insbesondere die Jugend nur gewinnen durch eine revolutionäre Ideologie. Nur so kann die Sozialdemokratie ihrer historischen Aufgabe gerecht werden und nur so können wir die Einheit des Proletariats, von der Zukunft Europas abhängt, verteidigen. Allen Einheitsfunktionsmännern der Kommunisten müssen wir den klaren und unmißverständigen Ruf nach Zusammenfassung der proletarischen Kräfte entgegenstellen. Diese proletarische Einheit ist auch das einzige Mittel zur Rettung und Sicherung der russischen Revolution! (Beifall.) Allen diesen großen Aufgaben können wir nur gewachsen sein, wenn die Sozialdemokratie bleibt, was sie gewesen ist: die revolutionäre Massenpartei, welche im Klassenkampf, im Kampf gegen das Bürgertum die Menschheit aus Not und Tod, aus Glend und Barbarei befreien wird! (Beifall.)

**Leopold Pözl-Aussig:**

Es wäre ein Mangel, würde man in dieser Debatte kein Wort zur Not der Selbstverwaltung zu unserer Arbeit in den Bezirken und Gemeinden sagen. Man sollte meinen, daß in diesen Fragen eine Einheitsfront der Deutschen dieses Staates leicht herzustellen wäre. Aber es ist gerade so, daß wir in allen Selbstverwaltungskörpern auf eine Front der antimarkistischen Parteien stehen, welche die Hauptangabe in der Debatte gegen die sozialdemokratischen Funktionäre steht. Diese Bürgerparteien haben nichts anderes vermocht, als einen Drahterhauer aufzurichten, der jede Aufbaubarbeit in den Bezirken und Gemeinden stört. Und jetzt wollen sie uns Vorwürfe machen, daß durch das Geleg vom November 1930 der Zusammenbruch der Selbstverwaltungskörper nicht verhindert werden konnte. Gerade in den Gemeinden wird uns mit einprägnanter Deutlichkeit bewußt, daß es ohne Demokratie und Freiheit keinen Sozialismus geben kann. Wir haben in unserer praktischen Arbeit täglich gegen faschistische und halbfaschistische Vorläufe anzukämpfen, die dadurch ausgelöst werden, daß die bürgerlichen Vertreter infolge des zahlungsmäßigen politischen Einflusses der sozialdemokratischen Funktionäre die Unmöglichkeit sehen, die Demokratie zu einer verstandenen Diktatur der Klassenfeinde des Proletariats zu mißbrauchen. Dann hören wir in diesen Gemeinden, daß sie zum Mittel der Selbstverwaltungskörper verhindert die Hilfe für die Krisenopfer. Wir können aus ihr die furchtbare Situation ersehen, in die die junge Generation geraten muß, wenn nicht rasche Abhilfe kommt. Heute sollen auch die Bezirke und Gemeinden für die vom Kapitalismus geschlagenen Wunden die Heil-



mittel abgeben. Dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen und in geschlossener Front für die Befreiung dieses Systems, für die Freiheit und Selbstbestimmung kämpfen. Die Forderung des Tages aber bleibt, daß den Selbstverwaltungskörpern unersetzlich Hilfe zuteil werden muß, sollen sie in dieser Notzeit ihre großen sozialen und kulturellen Aufgaben erfüllen können. In dem Kampf um die Freiheit der Selbstverwaltungskörper entscheidet nicht Kampf, sondern der Verstand und die im täglichen Kampfe geübte sozialistische Ueberzeugung. (Beifall.)

**Anton Sacher-Fischern:**

Eine Aenderung der Situation von 1929 scheint mir nicht eingetreten zu sein. Höchstens in der Form, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse mit Riesenschritten verschlechtert haben. Aber politisch stehen wir heute vor der gleichen Aufgabe. Noch wie vor steht zur Ermöglichung, wie wir die Interessen der Proletarier dieses Staates wirksamer vertreten, in oder außerhalb der Koalition. Vielleicht wäre die Frage des Regierungseintritts für uns heute noch wichtiger als 1929. Wenn wir die Frage nach dem Erfolg dieses Schrittes aufwerfen, so muß gesagt werden, daß unsere Aufgabe in den wichtigsten Punkten erfüllt wurde. Es wurde mit übermenschlichen Anstrengungen nicht ohne Erfolg an der Lösung unserer wichtigsten Tagesaufgabe, der Erhaltung des Lebens der Krisenopfer gearbeitet und diese Aufgabe hat heute noch größtem Einfluß auf unsere taktische Haltung als je zuvor. Die Not in den Bezirken draußen ist groß. Unsere Agrarier können sich hienon keine Vorstellung machen, aussonst ihre politische Haltung anders sein müßte. In unserem Bezirke gibt es Kinder, die in der Schule einschlafen, weil sie tagelang keinen warmen Pflaster in den Mund bekommen. Als konkrete Forderung muß ich hier verlangen, daß der Bezirk Karlsbad in die Reichsstandsbezirke eingereiht wird. Selbst bei der besten und gelindesten Einhaltung der Durchführungsbestimmungen zur Ernährungslösung kann der Bezirk mit dem zugeleiteten Betrage das Auslangen nicht finden. Es fehlen immer noch hunderttausende Kronen, um die Not der Arbeitslosen auch nur einigermaßen lindern zu können. Es müßte ein Beschluß des Parlamentes herbeigeführt werden, daß die Parlamentarier, nicht nur die unserer Partei, in die Reichsstandsbezirke geführt werden, auf daß sie die Verhältnisse dort studieren und nach den gewonnenen Eindrücken für eine durchgreifende Hilfsaktion zugunsten der Hungernden eintreten. (Beifall.)

**Dr. Max Adler-Preßburg:**

Neben einem ausführlichen und notwendigen Rechenschaftsbericht hat Genosse Dr. Eych auch eine ebenso notwendige Polemik gegen Kommunisten, Sozialisten, Christlichsoziale und andere geführt. Ich habe nur bemerkt, daß er Richtlinien gegeben hätte, die wir zum Maßstab unserer Meinungen machen könnten. Unter dem vielen Positiven war das Erfreuliche, daß er konstatieren konnte, daß wir mit den tschechischen Genossen einig gegangen sind und uns ausgezeichnet vertragen haben. Ich gebe zu, daß in Prag das Zusammenarbeiten außerordentlich gut ist. Was dem Preßburger Gebiet kann ich daselbe nicht berichten. Der Unterschied zwischen den alten Ungarn und der neuen Republik ist in der Slowakei nur ein gradueller, im System hat sich nichts geändert. Das System der politischen Bevormundung ist aufrecht geblieben, die Slowakei und Karpatenrußland werden von den herrschenden Klassen des tschechischen Volkes als eine Kolonie betrachtet, die ausgebeutet werden kann. Es hat sich aber auch zwischen der tschechischen Bourgeoisie und dem tschechischen Proletariat in der Slowakei eine Arbeitsteilung entwickelt, die wir nicht gut heißen können. Die tschechische Bourgeoisie hat es verstanden, durch den überragenden Einfluß der Agrarpartei Kapital zu exportieren, um die Menschen besser ausbeuten zu können, die tschechische sozialdemokratische Partei in der Slowakei ist aber nicht viel anders als eine Stellvertreterpartei für die in den historischen Ländern arbeitslos gewordenen Tschechen. Diese Entmischung müssen auch die in diesem Lande lebenden eine Viertelmillion Deutschen beachten, die Industriearbeiter sind, während die Slowakei ein Agrarland ist. Wenn wir hören, daß seit dem Umsturz 250.000 Tschechen eingewandert sind, und daß sie fast alle höheren Posten in den öffentlichen Ämtern innehaben und daß auch alle niederen Posten nicht verschmäht werden, müssen wir sagen, daß diese Dinge unzulässig sind. Die Stellung der tschechischen Sozialdemokraten in der Slowakei ist anders als in den historischen Ländern. Das Programm findet dort wenig Beachtung. Die Grammatik des slowakischen Volkes ist eine Herrensache der Slowaken. In dem Streite darum haben sich die tschechischen Sozialdemokraten gegen die Wünsche der überstolzen Mehrheit des slowakischen Volkes gestellt. Das junge Volk in der Slowakei hat nicht die Möglichkeit zur Entfaltung. Es kommt nicht zur Geltung an der Universität, im 18. Jahre der Republik haben Preßburg und Kolbau noch nicht die Autonomie. In den gewählten Vertretern kommen noch Ernannte, der Bürgerwehler wird nicht gewählt, sondern ernannt, der natürlich immer ein Agrarier ist, der alle Beschlüsse auch die einstimmig gefaßt, aufheben kann. Weil wir wollen, daß wir mit den tschechischen Genossen in gutem Einvernehmen leben, deswegen sage ich das. Bei den Gemeindevahlen in Preßburg haben die tschechischen Genossen gegen die Vereinbarungen auf tschechischen Plakaten und deutschen Flugblättern und in deutschen Zeitungsinseraten zur Wahl der tschechischen Sozialdemokraten aufgerufen. In ihren Versammlungen treten deutsche Referenzen auf. Diese Dinge können nicht dazu beitragen, um das brüderliche und freundschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Parteien zu festigen. Wir wollen, daß die brüderliche Zusammenarbeit überall zur Wirklichkeit werde. (Beifall.)

**Neuer Vorstoß gegen Preußen.**

**Personalunion zwischen preußischen und Reichsministerien. Bayern ganz auf Seite der Regierung Braun. Gemeinsamer Vorstoß im Reichsrat?**

Berlin, 31. Oktober. Die bestehenden Konflikte zwischen der alten preußischen Regierung und der Reichsregierung haben sich heute neuerdings verschärft.

Der Reichskanzler hat in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen die kommissaristische Regierung durch die Ernennung des Staatssekretärs Popitz zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums, des Reichsministers von Braun für das preußische Landwirtschaftsministerium und des Professors Dr. Köhler für das preußische Unterrichtsministerium um drei neue Mitglieder erweitert.

Außerdem hat der Reichspräsident den stellvertretenden Reichskommissar Dr. Bracht und den kommissaristischen Finanzminister Dr. Popitz für die Dauer ihrer Vertrauenszu Reichsministern ernannt.

Damit soll offenbar die angekündigte Verschmelzung der preußischen mit den Reichsbehörden ohne Bestagung des Landes wieder ein gutes Stück weiter getrieben werden.

In diesem neuen Konflikt steht auch Bayern voll und ganz auf Seite der alten preußischen Regierung. Bayern steht darin eine Ausherrung des Bestrebens, daß Preußen vom Reich annektiert werde, und somit eine Bedrohung des Bundesystems des Reiches.

Gegenüber der amtlichen Begründung, wo-

nach die neuen Veränderungen auf Grund der Ermächtigungsvorordnung des Reichspräsidenten vom August 1931 durchgeführt wurden, wird in den Kreisen der alten preußischen Regierung Brauns angeführt, daß durch diese Verordnung die Ermächtigung zur Vornahme wichtiger Notmaßnahmen der preußischen Landesregierung gegeben worden sei. Die Landesregierung in Preußen sei aber auf Grund des Leipziger Urteils die Regierung des Ministerpräsidenten Braun und keineswegs die kommissarische Regierung.

Welche Schritte die beiden Landesregierungen nun unternehmen werden, ist noch nicht sicher. Unter den Möglichkeiten, die sich hier bieten, wird auch eine neue Klage gegen die Reichsregierung beim Leipziger Staatsgerichtshof angeführt; für wahrscheinlicher hält man es aber, daß der Angriff gegen das Kabinett Papen im Wege über den Reichsrat geführt werden wird. Preußen und Bayern können mit vereinigten Kräften die Einberufung des Reichsrates auch gegen den Willen der Reichsregierung durchsetzen.

Die Reichsregierung lieg, wahrscheinlich, um einem ähnlichen Schritte vorzubeugen, den Reichsrat zum 10. November einberufen. Ueber sofortigen Einspruch Preußens wurde dann die Sitzung des Reichsratsausschusses für Verfassung und Geschäftsordnung bereits für Donnerstag, den 3. November anberaumt.

**Rüstungsfeierjahr abgelaufen.**

**Deutschland äußert sich nicht zu einer Verlängerung.**

Berlin, 31. Oktober. Zu dem morgen, den ersten November, ablaufenden Abkommen über einen einjährigen Rüstungsstillstand, das von der Völkerversammlung im vergangenen Jahre

auf die Initiative Grandis abgeschlossen wurde, äußert das Comitè von zuständiger Seite, daß die deutsche Regierung die kürzlich erhaltene Anfrage des Generalsekretärs des Völkerbundes, ob die beteiligten Regierungen mit einer Verlängerung dieses Abkommens um weitere vier Monate einverstanden seien, nicht beantwortet hat und auch nicht beantworten wird, bevor nicht die Frage der deutschen Gleichberechtigung geklärt ist.

**Gusti Schaller-Karlsbad:**

Wie die sozialdemokratischen Frauen zur Koalition stehen, hat die Frauensprechkonferenz klar zum Ausdruck gebracht. Wir müssen unterscheiden zwischen überzeugten geschulten Sozialistinnen und jenen, die Stimmungen erliegen, die unsere Schulungsarbeit nicht zu erreichen vermöchte, die der Spielball der Reaktionen sind. Die Frauen haben unter den gegenwärtigen Verhältnissen viel mehr zu leiden als die Männer und die Jugend. Die Frauen müssen das Kunststück fertig bringen, mit dem Nichts die hungrigen Mäuler zu stopfen. Es schmerzt uns, wenn wir hören müssen, daß in Prag zu wenig erreicht wurde. Denn die so reden, wissen nicht, wie schwer es ist, etwas durchzusetzen. Wenn hier gesagt wurde, welches Elend es bedeutet, daß hunderttausende Jugendlichen nicht in die Lage kommen, arbeiten zu können, empfinden wir Frauen das besonders, weil wir wissen, daß es das Los unserer Kinder ist. Dieses Schicksal können wir nur ändern, wenn wir den Kampf an der Seite der Männer führen. Wir müssen sagen,

**daß wir jedes Mittel anwenden müssen, um die Not zu lindern.**

Darum wollen wir auch anerkennen, was Genosse Eych geleistet hat. Wir alle tragen die Verantwortung für das, was in der Koalition geschieht, und gegen den früheren Zustand ist jede Kleinigkeit, die wir zu erringen vermöchten, ein Erfolg für das Proletariat. Würden wir aus der Koalition herausgehen, müßten wir uns fragen, ob wir den Beitritt mit den Kommunisten und Sozialisten ausnehmen könnten. Daß wir sozialistische Politik auch in der Regierungskoalition betreiben, sehen wir bei jeder neuen Steuer, bei jeder Beschaffung neuer Staatsmittel. Haben wir es früher jemals erlebt, daß der Besitzende zu höheren Leistungen herangezogen wurde als der Bestloste, wie das heute geschieht? Der Bürgerblut ist der beste Beweis dafür. Wir haben das Programm, die Fahne der Partei immer in Ehren gehalten, wir sind die alten Sozialisten geblieben. Wir dürfen uns nicht in die Defensiven drängen lassen, wir müssen zum Angriff übergehen und den Ansturm von links und rechts abwehren. Nicht die revolutionäre Wraque, sondern die revolutionäre Tat tut uns not. Es ist viel revolutionärer, wenn wir im Kreuzfeuer handhaben (Beifall) und für das Proletariat in der jetzigen Situation herauszuholen, was möglich ist. (Beifall.)

**Karl Balcer-Teplitz**

erklärt, als Arbeiter aus dem Betriebe zu sprechen man kann nicht mit der Stimmung der unangeführten Masse operieren. Wie schädlich das ist, lehrt der kommunistische Bergarbeiterputsch im nordwestböhmischen Bezirk. Wir hätten damals auch leicht Hadan machen können, aber der Streikdruck mußte beendet werden, damit unsere Rechte nicht verloren gehen. Sicherlich erliegen manche Schichten der Arbeiterkraft der kommunistischen Ideologie, vor allem die jüngeren Arbeiter und die Arbeitslosen und es ist manchmal schwer, den Menschen unseren Standpunkt bewußlich zu machen. Deswegen müssen wir mehr Aufklärungsarbeit leisten als bisher. Nicht nur durch die Presse und Hausagitation, sondern auch mittels öffentlicher Versammlungen. Wenn wir hier und da bei Wahlen eine Schlappe erleiden, so ist nicht immer die Koalitionspolitik daran schuld. Wir wünschen nur, daß unsere Parlamentarier und die übrigen ersten Funktionäre

öfters zu uns kommen und immer wieder den Kontakt mit den Massen suchen. (Beifall.)

**Karl Dietz-Komotau**

beringt es, daß bei manchen Delegierten gegen die Bodenbacher Genossen, die hier aufgetreten sind, eine Boreingenommenheit besteht. Schon auf dem Aufruf Parteitage haben einige Genossen ihren abweichenden Standpunkt erklärt und selbst Genosse Niehner hat damals ausgeführt, daß über dem Eintrag der Koalitionsliste die Worte stehen: „Lasset alle Hoffnungen zu Hause“. Wir müssen die Tatsache, daß die Geschichte die Mehrwehlerin des Volkes ist, mehr ins Auge fassen. Wir müssen die Wirkungen der Koalitionspolitik in Deutschland und insbesondere in Preußen studieren, wo die Genossen alle Macht hatten, auch die Macht der Bajonette. Trotzdem haben sie diese Macht verloren und wir wünschen nicht, daß auch bei uns die Koalitionspolitik dieses Ende nehme. Wir glauben auch nicht, daß für den Kapitalismus eine neue Konjunktur kommt, denn die kapitalistische Gesellschaft befindet sich in einer Sierbenstunde und wir müssen alles tun, um die Führung zu übernehmen, wenn der Zusammenbruch kommt. Im Sinne des letzten Artikels, den Genosse Antierlich vor seinem Tode geschrieben hat, müssen wir immer im Auge behalten, daß das Ziel alles ist. (Beifall.)

**Ing. Fuhrmann-Mährisch-Trübau**

überbringt zunächst die Grüße der neugegründeten Organisationen der sozialistischen Techniker und bezieht sich dann mit der Koalitionspolitik. Wenn nichts anderes erreicht worden wäre in der Koalition als eine Festigung der Zusammenarbeit mit den tschechischen Genossen, dann wäre schon das eine unendlich große Tat. Zur Frage der Kürzung der Gehälter der Staatsbeamten erklärt der Redner, daß man nie auferlegt lassen dürfe, daß es sich hier um die Sicherung der Unterstützung der Arbeitslosen handelt. Die Bestrebungen unserer Partei müssen in der Koalition dahin gerichtet sein, eine Ausgestaltung der Arbeitslosenfürsorge zu erkämpfen. Wir müssen aber nicht nur deshalb, um den Arbeitslosen besser helfen zu können, in der Koalition verbleiben, sondern auch, um recht bald das an den Staatsangestellten begangene Unrecht der Gehaltskürzung so bald als möglich wieder rückgängig zu machen. Unsere größte Sorge muß in Zukunft die Beschaffung von Arbeit für die Krisenopfer sein. Da aber die Arbeitsbeschaffung durch die Industrie nicht erfolgen wird, muß sie durch Investitionen des Staates und der Selbstverwaltungskörper durchgeführt werden. Es gibt Möglichkeiten genug, um öffentliche Investitionen, bei denen große Massen von Arbeitslosen beschäftigt werden, durchzuführen. Es besteht die Möglichkeit, Spitäler, Straßen und Kanäle zu bauen uvm. Die Frage der Beschaffung der Mittel ist nicht unlösbar. Eine Herabsetzung des Zinsfußes würde die Staatskassen und die Finanzen der Selbstverwaltungskörper entlasten und Geld für öffentliche Arbeiten freisetzen. Ebenso könnte durch eine Konzeption der öffentlichen Anleihen Geld flüssig gemacht werden. Die derzeitigen Verhältnisse auf dem Geldmarkt gestatten aber auch die Aufnahme öffentlicher Anleihen. Wir werden den Arbeitslosen den größten Dienst erweisen, wenn wir ihnen Arbeit geben. (Beifall.)

**Spielvogel-Hostomitz**

bezieht sich mit der wirtschaftlichen Lage im Tager-Bezirk und fordert die Einziehung dieses Gebietes in die Kategorie der Reichsstandsbezirke. Zur Koalition

politik übergehend, erklärt er, daß mit Genugtuung festgestellt werden muß, daß es unseren Genossen gelang, den Aufschlag auf das Genier System erfolgreich abzuwehren. Wenn es den bürgerlichen Parteien nicht möglich war, die Unterfrüfung von 18 auf 12 Kronen herabzusetzen, dann danken dies die Arbeitslosen unserer Partei. Wir kämpfen für die Verkürzung der Arbeitszeit, die gegenwärtig das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Krise und zur Eingliederung großer Massen von Arbeitslosen in den Wirtschaftskreislauf ist. Aber wir dürfen auch nicht erlahmen, die Umgehung des Achtstundentages durch Ueberstunden zu bekämpfen. Trotz der Arbeitslosigkeit kommt es immer wieder vor, daß in vielen Betrieben Ueberstunden geleistet werden. Wir müssen uns auch erschlaffen, einmal das schwierige Problem der Doppelverdienener aufzulösen. In dieser Krisenzeit beschäftigt uns naturgemäß am meisten die Arbeitslosenfürsorge. Hier können wir feststellen, daß unsere Genossen in der Koalition ihre Pflicht erfüllt haben. Vom Standpunkt der Arbeitslosen ist ein Verbleiben unserer Partei in der Koalition wünschenswert. Wir dürfen uns hier durch die kommunistische Demagogie nicht beeinflussen lassen. Besonders ist, daß die Kommunisten, die die von uns erkämpfte Arbeitslosenfürsorge ablehnen, die Lebensmittelposten am meisten und zuerst in Anspruch nehmen. Wir sind unserer Partei für ihr tapferes Eintreten für die Arbeitslosen zu Dank verpflichtet. (Beifall.)

**Hoor-Eger**

vermahrt sich gegen den in der Debatte geäußerten Vorwurf, daß ein Teil der Vertrauensmänner zuviel auf Informationen in der bürgerlichen Presse gebe. Auch die Genossen, die mit der heutigen Taktik nicht einverstanden sind und drauhen arbeiten, sind von denselben Idealen befeelt wie die andern. Seit dem Eintritt in die Regierung hat uns die Parteileitung nie dazu aufgefordert, den beispiellos schweren Kampf unserer Genossen in der Regierung so zu unterstützen, wie es notwendig ist und einmal unsere Bataillone aufmarschieren zu lassen, um zu beweisen, daß die Partei sich ihre Kampffähigkeit erhalten hat. Kritik an der Regierungsteilnahme will ich vom Standpunkte des einfachen Betriebsvertrauensmannes aus üben. Wir haben gewiß eine Reihe von Vorteilen für das Proletariat erreicht, auf der andern Seite aber sind fast alle diese Vorteile auf indirektem Wege wieder verloren gegangen. Deswegen ist die Frage zu erörtern, ob die Vorteile die Nachteile für die Partei aufwiegen und das muß ich glatt verneinen. Es wird die Frage gestellt: Was soll dann geschehen? Dem muß ich die Gegenfrage entgegenstellen: Was dann, wenn wir bei einer Neuwahl Verluste erleiden? Wenn wir Geburtshelfer einer neuen Zeit sein wollen, dann müssen wir die günstige Zeit für den Klassenkampf ausnützen. Was stürzen soll, muß gestürzt werden. (Beifall.)

**Wenzel Jaksch-Prag:**

Was uns am meisten bewegt, ist die Ungewißheit über das künftige ökonomisch-soziale Schicksal der jüdischen Arbeiterklasse. Nicht das empfinden wir als Damoklesschwert, daß morgen eine Beamtenregierung kommen könnte, sondern das Damoklesschwert ist die Ungewißheit, ob die Jüdinnen jemals wieder in Gang kommen werden, die in unseren Randgebieten stillgelegt wurden. Das ist die gemeinsame Schicksalsfrage vor allem der europäischen Arbeiterklasse. Eine Frage von schicksalshafter Bedeutung für uns ist es, ob die Tschechoslowakei ein Agrar- oder ein Industriestaat werden soll. In diesem Punkte müssen wir zu einer programmatischen Klärung gelangen. Die zweite Frage ist die Ausgestaltung der regionalen Wirtschaftspolitik in Mitteleuropa und ich möchte die Anwesenheit des Genossen Renner benützen, um an ihn die Bitte zu richten, mit uns gemeinsam klarzustellen, welche Aufgaben die sozialdemokratischen Parteien in Mitteleuropa dabei zu erfüllen haben. Hier hört die Analogie mit Deutschland auf. Wenn bei uns der Fasizismus siegte, so wäre das nicht nur der Verlust der politischen Freiheit, sondern auch die Zerstörung der ökonomischen Errungnisse des deutschen Proletariats. Wenn an den Grenzen des Landes ein pauperisiertes Arbeitervolk leben würde, das jede Hoffnung auf die Zukunft und den Sozialismus verloren hat, wäre das ein Unglück auch für die tschechische Arbeiterklasse. Wir fragen die ganze tschechische Oeffentlichkeit: was soll aus den Menschen im deutschen Gebiet werden, aus dem Nachwuchs, wenn er keine Hoffnung auch auf öffentlichen Dienst vor sich sieht. Gegenüber dem Bestreben der tschechischen Bourgeoisie das rationale Problem mit dem Polizeihäufel und schlecht arrangierten Hocherratsprozessen zu lösen, müssen wir aussprechen, daß eine wahrhaft staats-erhaltende Politik gerichtet sein mußte auf die Wiederherstellung der ökonomischen Grundlagen beider Völker. Die positive Einstellung der deutschen Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern ist auf die Dauer nur möglich, wenn diese hoffen können, daß sie in diesem Staate zukünftig als gleichwertige Bürger und Menschen leben können. Die Haltung der Partei in diesem Augenblick hat also tiefere Gründe und wir alle zusammen haben ein Bedürfnis nach tätiger Mithilfe bei der Lösung der Schicksalsprobleme der deutschen Arbeiterklasse. Es wird der Uebergang zur Opposition empfohlen, mehr oder minder deutlich. Dann wären wir ausgeschaltet in der Zeit der schwersten Entscheidungen. Dadurch, daß wir das Genier System noveliert haben, haben wir die Genertschafte inaktiv gehalten. So daß sie sogar neue Mitglieder gewinnen. Die Wunden, die wir jetzt erleiden, sind Fleischwunden, welche heilen werden; würde aber die Genertschafsbewegung geschädigt, so müßten wir wohl von Knochenbrüchen sprechen. Der zweite Unterschied gegenüber Deutschland ist der, daß in der Tschechoslowakei ein national gedaltener Fasizismus einer international verbundenen Sozialdemokratie gegenübersteht und daraus ergibt sich für uns eine gewaltige taktische Ueberlegenheit. Warum sollten wir nicht auch heute offen ins das Land hinausgehen?



Wir dürfen bei unserem Urteil nicht ausgehen von einem Zeitpunkt. Keinerlei steht gefährdet, daß das Bürgerium auch in der weitesten Entwicklung im Angriff bleiben kann. Hüten wir uns, in die Arbeiterklasse mehr Wutlosigkeit hineinzutragen als es die Verhältnisse (in bürgerlicher Welt) erlauben. Ist es manchmal in der Politik notwendig, ein Stück Populartät zu opfern, um die Grundlage des Lebens und des Kampfes der Arbeiterklasse zu erhalten. Wenn Sie fragen, wie lange wir in dieser schweren Position durchhalten sollen, so antworte ich, daß die sozialdemokratischen Parteien aller fünf Nachbarländer unsere taktische Position mit Freunden einzuweisen würden. Tatum gilt es, nicht kleinmütig zu sein, sondern die Kräfte der Arbeiterklasse für die kommende große Weltoffensive des Sozialismus zu erhalten. Ob unsere Politik gut oder schlecht ist, wird die Geschichte beurteilen (Beifall).

**Kreit-Prag:**

Genosse Dr. Czoch hat einmal gesagt, daß wir nicht zu Sklaven der Koalitionspolitik werden und niemals die Taktik aus den Augen verlieren dürfen, daß wir die Führer der subindustriellen Arbeiterklasse im Klassenkampf bleiben müssen. Ueber die Tagesfragen hinaus dürfen wir das große Ziel nicht aus den Augen lassen. Die Geschicke der letzten drei Jahre brachten mich zur Auffassung, daß wir das Ziel zum Teil vergessen haben. Wenn ich das nicht schon selbst erkannt hätte, so hätte mich der Genosse Jachš durch den Hinweis auf die Notwendigkeit gebracht, daß wir den Arbeitern nicht sagen sollen, daß sie nicht wieder in die Betriebe hineinkommen. Ich meine, daß wir, um den Kampf für den Sozialismus erfolgreich führen zu können, immer anzusprechen müssen, was ist (Beifall). Der politische und wirtschaftliche Zustand von einst wird nie wiederkehren. Wenn wir entscheidende Kämpfe vorbereiten können, dann müssen wir die Agitationskraft der Partei nicht nur erhalten, sondern steigern. In einer revolutionären Zeit wie der gegenwärtigen muß die Schlagkraft der Partei ungebrochen erhalten bleiben. Als guter Soldat der Partei habe ich immer deren Beschlüsse verteidigt. Der Parteitag aber muß eine Klärung der Meinungen herbeiführen.

Die Notlage im kommenden Winter wird zu den schwersten Auseinandersetzungen führen, für deren Lösung wir die Winterantwortung tragen werden. Solchen Vorkommen können wir zwar auch in der Opposition nicht ausweichen, wir werden dann aber nicht die Verantwortung dafür tragen. Wenn die bisherige Politik der Partei zu Mißerfolgen für die Partei und für den Klassenkampf geführt hat, so muß man allen Ernstes erwägen, ob es nicht besser ist, die Gelegenheit zu einer Aenderung der Politik anzunehmen. Wir sind bei unserem Kampf auf uns selbst gestellt. Der Kapitalismus hat zu seiner Rettung nur noch die Möglichkeit, die Arbeiterklasse mit Hilfe des Faschismus niederynzuwerfen. Sorgen wir dafür, daß es uns gelinge, eine neue Welt aufzubauen. Innerhalb der Koalition können wir die Massen für diesen Kampf nicht gewinnen. (Beifall)

**Schöninger-Weheditz:**

Unter den Parteigenossen aus meinem Ort, der unter der Krise furchtbar zu leiden hat, gibt es sicher niemanden, der nicht überzeugt wäre, daß unser Abgeordnetenklub und Genosse Dr. Czoch alle Kräfte einsetzen, um für die Arbeiterklasse herauszuholen, was herauszuholen ist. Aber alles das wird durch die beispiellose Krise wirkungslos gemacht und aufgehoben. Wir müssen untersuchen, ob nicht das Bürgerium durch die Teilnahme der Sozialdemokraten an der Regierung sich von der Verantwortung befreit fühlt. Alle Schuld wird nur den Sozialdemokraten angelastet; wir sind vielleicht in der Koalition ein guter Wiltabilität für die bürgerlichen Parteien. Die Unterhaltungsaktion für die Arbeitslosen ist gewiß etwas Wertvolles, aber die Menschen können mit einer solchen Summe doch nicht ihr Leben fristen. Wir können daher bei unseren Seelen nicht immer das nötige Vertrauen zur Koalitionspolitik erreichen. Wir leiden dann namentlich auch unter der Verwaltungsreform. Unsere Verwaltung ist alles andere als demokratisch, wovon wir uns täglich überzeugen können. In Westböhmen haben wir in einigen proletarischen Gemeinden die marxistische Mehrheit verloren und wir fürchten, daß wir durch die weitere Teilnahme an der Koalition noch weitere Einbußen erleiden werden. Es drängt sich uns die Befürchtung auf, daß unter diesen Umständen auch die Schlagkraft unserer Partei zu Schaden kommen und die sozialistische Welle sich noch mehr ausdehnen und auch auf das tschechische Volk übergreifen könnte. Die Partei muß aber unter allen Umständen ihre Schlagkraft erhalten, wenn sie ist das Instrument des Klassenkampfes. Wenn die Partei an Einfluß verliert, dann können wir auf lange Zeit hinaus in unserem Vordwärtstümmen aufgehoben werden. Die Bürokratie in den Bezirken sabotiert vielfach auch die Ernährungsaktion; das alles wirkt sich in unserem Schaden aus. Unter allen Umständen muß daher der Erhaltung der Aktivität der Parteikoalitionen das größte Augenmerk zugewendet werden. (Beifall)

**Posamentier-Mähr.-Ostrau:**

Es besteht wohl nur eine Meinung, daß wir für die Leistungen unseres Vertreters in der Regierung auf dem Gebiete des Fürsorgewesens nur ausschließlich Worte der Anerkennung finden können. Diese Meinung herrscht auch in weiten Kreisen unserer politischen Gegner. Anders aber ist es mit dem Kampf unserer Partei für die Erhaltung der Demokratie. Es wurde in den Referaten Dr. Czoch und Dr. Krenner erwähnt, daß der Kampf um die Erhaltung der Demokratie heute in dem Mittelpunkt anderer politischer Beschreibungen steht. Nicht zu übersehen ist jedoch, daß wir in der Demokratie nur ein Mittel zur Machteroberung sehen. Es erscheint mir daher eine etwas verschobene Befragung, den Kampf um die Demokratie in den Mittelpunkt stellen. Nicht diese darf letztes Ziel des proletarischen Bestrebungs-

zweck sein, sondern die Eroberung der Macht, um Gesellschaft und Welt nach den Grundgesetzen des internationalen Sozialismus umzugestalten. Zur Einführung der Vierstundentage meinte der Redner, daß wir noch nicht alle Kampfmittel eingesetzt hätten. Es gelte, alle Kräfte für die unverzügliche Verwirklichung des diesbezüglichen Antrages des Fürsorgeministeriums mobil zu machen, wenn diese Forderung in ihrer praktischen Auswirkung nicht einbüßen soll. Zur Frage der Zusammenarbeit zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien meinte der Redner, daß nicht immer der taktische Standpunkt der tschechischen Genossen ausschlaggebend sein könne, sondern auch versucht werden müsse, von unserer Seite bestimmend auf ihre Entscheidungen einzuwirken. In der Frage der Vereinigung des Proletariats gelte es ebenfalls die Initiative zu ergreifen. (Beifall)

**Friedl Mähr.-Trübau:**

Die nordmährischen Vertrauensmänner erachten es als ihre erste Pflicht, das Vertrauen zur Führerschaft der Partei innerhalb der arbeitenden Massen wachzuhalten. Die Frage, ob der Regierungsaustritt vollzogen werden soll, ist schwerer zu entscheiden als die Regierungsbildung. Wir sind der Überzeugung, daß unsere führenden Genossen keinen Augenblick ihre Pflicht vernachlässigen. Die hungernden Massen in den nordmährischen Bezirken, die in den zwar nicht ausreichenden Hilfsmitteln aus den Aktionen des Fürsorgeministeriums ihre einzige Lebensgrundlage sehen, stehen entschlossen hinter der Partei. Eine wichtige Frage, welche durch die Wirtschaftskrise aufgeworfen wurde, ist die Verhinderung des drohenden Zusammenbruchs unserer Krankenversicherungsanstalten. Mehr denn je sind die Arbeiter heute auf die sozialen Leistungen der Krankenversicherung angewiesen. Wir müssen uns in diesem Zusammenhange gegen alle Vorwürfe, es sei an der Katastrophe der Krankenversicherungsanstalten die J. S. A. Schuld zu verhaften. Dringend notwendig wäre eine Reorganisation des Versicherungswesens, daß auch die ausgebeuteten Versicherten im Genuße der Leistungen ver-

**Die Verhandlungen am Montag.**

**Genosse Grund begründet den Resolutionsantrag einer Gruppe von Parteitage delegierten.**

Der Montag-Vormittag war ausgefüllt mit einer vertraulichen Sitzung, in der nach den Referaten der Genossen Laub und Dr. Heller organisatorische und finanzielle Fragen der Partei behandelt wurden.

Die öffentliche Verhandlung wurde Montag nachmittags nach 5 Uhr wieder aufgenommen. Vorsitzende Genossin Kripal teilte mit, daß ein Antrag des Kreisess Pilsen-Budweis auf Schluß der Debatte vorliegt. Nach der Begründung dieses Antrags durch Gen. Kripal stellt Genosse Reizner den anderen Antrag, daß unter Annahme des Antrags auf Schluß der Debatte noch ein Genosse zur Begründung eines Resolutionsantrages das Wort erhalte. Nachdem Genosse Kripal sich diesem Antrag angeschlossen hat, beschließt der Parteitag die Annahme des Antrags Reizner.

**Bruno Grund**

bringt nun dem Parteitag folgenden Resolutionsantrag einer Gruppe von Parteitage delegierten vor:

Der Parteitag erkennt, daß durch die tatsächlichen Bedürfnisse der größten sozialdemokratischen Partei der Republik, das ist der tschechischen Bruderpartei, die Koalitionspolitik für die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Gegenwart unausweichlich ist. Der Parteitag ist sich des großen Opfers bewußt, das die Partei im Interesse der Einheitlichkeit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in diesem Staate bringen muß. Die Partei nimmt die aus dieser Taktik entstehenden großen Schwierigkeiten in der Ueberzeugung auf sich, daß sie hierdurch den Gedanken der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse in diesem Staate am besten dient.

Der Parteitag hat aber auch erkannt, daß die übrigen Voraussetzungen für den Regierungseintritt, von denen der Ausschüßiger Parteitag 1929 ausging, heute nicht mehr gegeben sind. Die furchtbare Wirtschaftskrise hat Formen angenommen, daß ohne grundlegenden Umbau der Staatswirtschaft nicht einmal ein wirksamer Schutz der Krisenopfer gewährleistet ist. Die personellen Aenderungen in der neuen Regierung bedeuten einen Sieg des faschistischen Flügels des Agrarbürgertums, dem überdies noch die Machtmittel des Staates ausgeliefert werden. Das tschechische Programm ist das typische Sanierungsprogramm des Bürgertums zur Rettung der kapitalistischen Wirtschaft auf Kosten des Proletariats in Arbeit und Miß.

Diese Tatsachen erheischen die höchste Aufmerksamkeit und Bereitschaft des Proletariats innerhalb und außerhalb des Parlamentes. Sie fordern aber auch verlässlichen Widerstand der Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Parteien in der Regierung gegenüber allen Anschlägen auf die sozialen Einrichtungen des Staates und die Lebenshaltung des Arbeiters ohne Rücksicht auf koalitionspolitische Folgen.

Nach Verlesung dieses Antrages erklärt Genosse Grund, der eher ein Richter als ein Richter zu sein glaubt, daß unter normalen Verhältnissen die Koalition eine normale Methode wäre. Wir haben unsere politische Macht außerhalb und innerhalb der Regierung zur Geltung zu bringen. Aber ich unterschreibe vollständig die Ausführungen der Koalitionsgegner in der Debatte, von denen übrigens keiner es unterlassen hat, darauf hinzuweisen, daß

bleiben können. Das gleiche hätte auf dem Gebiete der Alters- und Invaliditätsversicherung zu geschehen. (Beifall)

**Jentsch-Aussig**

Nach dem Ergebnis der Debatte kann jetzt schon gesagt werden, daß die Mehrheit des Parteitages sich für die Beibehaltung der Regierungskoalition ausgesprochen wird. Dennoch müssen auch die Stimmen jener zur Geltung kommen, die nur mit geteiltem Herzen dabei sein werden. Auch in den Ausschüßiger Parteikreisen ist die Meinung darüber sehr geteilt. Sie ist aber einhellig darüber, daß der gegenwärtige Zustand der Duldung nicht mehr allzu lange dauern darf, wenn wir nicht schweren Schaden leiden wollen. In der ersten Zeit der Regierungsteilnahme waren die Voraussetzungen, die der Ausschüßiger Parteitag ausgesprochen hat, zweifellos gegeben. Es konnte viel herausgeholt und vieles verhindert werden. Aber in den letzten Monaten haben sich die Dinge wesentlich geändert. Das Bürgerium legt unseren Forderungen immer größere Schwierigkeiten entgegen. Der Bürgerblut hatte volle Rassen, aber verschlossene Tischen. Heute sollen die letzten Tischen nach den Wünschen des Bürgeriums auf Kosten der breiten Massen aufgefällt werden. Das ist unannehmbar. Rot und Glend steigen, die Unzufriedenheit ist im Anwachsen. Während wir hier beisammenstehen, mußte die Zustimmung zum Gehaltsabbau gegeben werden, der für die privaten Unternehmer das Signal zu Lohnreduzierungen sein wird. Unsere Mitgliedschaft ist uns treu. Aber diese Treue darf nicht auf eine zu große Probe gestellt werden und auch das Urteil der breiten Wählermassen darf nicht außer acht gelassen werden. Genosse Dampf hat versprochen, alles zu tun, um unsere Lage zu erleichtern, hoffen wir, daß es gelingen wird, gemeinsam mit den tschechischen Genossen den geeigneten Zeitpunkt zu bestimmen, an dem wir wieder freie Hand bekommen. (Beifall)

Nach halb 7 Uhr abends werden die Verhandlungen auf morgen verlagert. Die Vormittags-sitzung wird vertraulichen Charakter haben.

**das Zusammengehen der beiden sozialdemokratischen Parteien in diesem Staate das wichtigste und unter allen Umständen aufrecht zu erhalten ist.**

Jedoch für uns, für die deutschen Arbeiter in diesem Staate, ist — wenn wir von unserem Verhältnis zu den tschechischen Genossen absehen — eine politische Situation für eine Koalitionsregierung nicht gegeben, weder im Hinblick auf die Zusammengehörigkeit und auf das Programm der Regierung noch im Hinblick auch auf unsere wirtschaftliche Lage. Diese Regierung bedeutet den Sieg des faschistischen Flügels des agrarischen Bürgertums. Wenn die eigene Kraft der Arbeiterklasse nicht imstande sein wird, den Ansturm des Faschismus abzuwehren — der staatliche Apparat wird es bestimmt nicht tun! (Beifall) Unsere Resolution enthält sich absichtlich jeder Kritik an der Taktik der tschechischen Genossen, die sich in einer ganz anderen politischen und wirtschaftlichen Situation als die deutschen Arbeiter in diesem Staate befinden. Die im tschechischen Volke noch lebende Erinnerung an dreihundertjährige Knechtschaft macht es begreiflich, daß die tschechischen Genossen ihren Staat als ein Heiligtum ansehen. Bei uns ist aber nicht nur die politische Situation anders, wir sind auch die hauptsächlichsten Opfer der Massenarbeitslosigkeit. Würden wir auf die tschechischen Genossen keine Rücksicht nehmen, so müßten wir sofort aus der Regierung austreten. Schließlich tragen wir für die Opfer der Krise, die ja Opfer des Kapitalismus sind, keine Verantwortung. (Genosse Böhl: „Aber die Sorge um die Opfer ist unsere Sache!“). Jawohl, aber die Kraft der Arbeiterklasse wird auch außerhalb der Regierung sich durchzusetzen vermögen. Das Bürgerium würde es nie wagen, das Proletariat zum Außersten zu treiben. (Beifall). Der zweite Grund für uns gegen die Teilnahme an der Regierung, wenn wir nicht auf die tschechischen Genossen Rücksicht nähmen, ist das Regierungsprogramm mit dem tschechischen Sparprogramm. Man denkt sogar daran, die Fürsorge für die Arbeitslosen abzubauen, wogegen sich der Widerstand der gesamten deutschen Arbeiterschaft entsetzen würde. Für uns besteht nur ein einziger Grund für die Koalitionspolitik; er liegt in der Frage: Was würde geschehen, wenn die tschechischen Genossen innerhalb und wir außerhalb der Regierung sind? Wir alle wollen von hier mit der Ueberzeugung weggehen, daß sich eine klare Erkenntnis über die Lage der deutschen Arbeiterschaft in diesem Staate Bahn gebrochen hat. (Beifall)

**Dr. Carl Keller**

hät hierauf das Wort zur Begründung der vom Parteivorstand und von der Antragskommission vorgelegten politischen Resolution, die wir an anderer Stelle veröffentlichen.

Auf den ersten Teil der von mir zu begründenden Resolution brauche ich mich nicht einzulassen, sondern ich beschränke mich auf den zweiten Teil, der von der Regierungsbildung handelt und umstritten ist. Es erscheint mir notwendig festzustellen, daß jeder Versuch, die Situation des Proletariats nur aus dem inneren Verhältnisse im Staate zu erklären, falsch ist. Wir können unsere Taktik nicht ausschließlich nach der Lage bei uns einrichten, sondern mehr als jemals zuvor, muß unsere Taktik auf die Vorgänge im Ausland Rücksicht nehmen. Ich habe manchmal die Empfindung, daß die Genossen die Situation der letzten Monate in der Welt nicht richtig erkennen, daß wir Zuständen entgegengehen, die der Zeit vor 1914 gleichen, wo die Arbeiter trotz der Warnungen der Internationalen die Gefahr eines Krieges nicht erkennen wollten und

**Unser ältester Parteitagsgast,**  
Genosse Trübeneder, von einem Auto niedergelassen.

Prag, 31. Oktober. Von einem bedauerlichen Unfall wurde am Montag abends der älteste Parteitagsgast und eines der ältesten Mitglieder unserer Partei überhaupt, der 78jährige Genosse Raimund Trübeneder aus Unter-Mazdort bei Tannwald, betroffen. Gen. Trübeneder, der vor kurzem das fiftente Jubiläum der fünfzigjährigen Parteimitgliedschaft feiern konnte und der es sich trotz seines hohen Alters nicht hatte nehmen lassen, zum Parteitag zu kommen, wo er von vielen Bekannten aufs herzlichste begrüßt worden war, wollte am Montag gegen 6 Uhr abends an der stark frequentierten Kreuzung beim Pulverturm die Fahrbahn überschreiten und wurde dabei von einem leichten Lastauto niedergelassen.

Genosse Trübeneder erlitt dabei außer Abschürfungen einen Bruch im Sprunggelenk des linken Fußes. Er wurde sofort auf die Klinik Schloffer überführt, wo ihm ein Gipsverband angelegt wurde. Wie wir spät abends von der Klinik Schloffer erfahren, ist das Befinden des Patienten durchaus zufriedenstellend.

Wir wünschen den Genossen Trübeneder aus ganzem Herzen baldige und völlige Wiederherstellung!

dann von der Tatsache überrascht wurden. So sehr uns die Sorgen des Alltags drücken, so sehr wir beschäftigt sind mit der Würdigung der Krisenfolgen für unsere Arbeiter, dürfen wir niemals diese Zusammenhänge übersehen, um nicht ohne Vorbereitung in eine ähnliche Situation zu geraten und ihr dann nicht gewachsen zu sein. In den letzten Monaten haben sich die Verhältnisse in der Welt im höchsten Maße bedrohlich gestaltet, besonders, seitdem die Regierung Papen zum Ruber kam. Es ist kein Zufall, daß eine der ersten Handlungen Papens die Einstellung der Mitarbeit an der Abrüstungskonferenz war. Seine Pläne sind nicht auf Abrüstung, sondern auf Aufrüstung gerichtet.

Wir müssen uns fragen: wo stehen in der Welt die Mächte, die geeignet sind, diesen sehr starken kriegslüsternden Kräften Widerstand zu leisten? Es stehen einander nur noch zwei Lager gegenüber. Die kriegsbereite Bourgeoisie und das friedensbereite Proletariat. Hier liegt eines der schwersten Verbrechen der Kommunisten, die durch die Spaltung der Arbeiterbewegung und mehr noch durch ihren Kampf gegen die überwältigende Mehrheit des europäischen Proletariats, welches in der Sozialdemokratie vereinigt ist, die Arbeiterklasse auch im Kampf gegen neue Kriegsgefahren schwächen. Umso wichtiger ist es, daß die sozialdemokratischen Parteien auf der Hut sind, überall und in jedem Land um den neuen Kriegsgefahren zu begegnen. Welche Forderungen haben wir daraus für unsere innere Politik zu ziehen? Wenn wir wissen, daß ein neuer Krieg unerhörte Opfer verlangt und wenn wir überzeugt sind, daß wir im Interesse der Arbeiterklasse den Kriegsgefahren der Bourgeoisie entgegenzutreten müssen, dann ist es unmöglich, daß die Politik der Sozialdemokratie in den einzelnen Ländern ohne Rücksicht auf diese Tatsache bleiben kann. Für uns ist es von Bedeutung, ob wir in diesem Staate imstande sind, auch die Außenpolitik zu beeinflussen im Sinne der Erhaltung des Friedens.

Von diesem Gesichtspunkte aus darf keine sozialistische Partei eine Machtposition, mag sie auch noch so umstritten sein, aus der Hand geben zugunsten der Alleinherrscher der Bourgeoisie.

Wir berufen uns in der Entschliebung darauf, daß die Gründe, die den Ausschüßiger Parteitag bewogen hatten, den Eintritt in die Koalition zu empfehlen, noch aufrecht sind. Schon damals sprachen wir von der internationalen Lage, die heute mehr als 1929 dafür spricht, daß die Sozialdemokratie auch nicht einen Bruchteil der Macht aus der Hand geben darf. Ist jemand unter uns, der sagen wird, daß die Gefahr eines reaktionären Regimes in der Tschechoslowakei schon beseitigt und die Demokratie gesichert ist? Alle Genossen, die für das Aufgeben der Koalitionspolitik sprachen, sind der Frage auswichen, was nach dem Austritt geschehen soll! Wenn Grund sagt, daß auch eine Bourgeoisie-Regierung die Arbeitslosen nicht verhungern lassen kann, so beneide ich ihn um das Vertrauen, das er der Bourgeoisie entgegenbringt. Der tschechische Finanzplan beweist ja, was das Bürgerium beabsichtigt hatte. Er enthielt außer einem Angriff gegen die Arbeitslosenunterstützung auch Steuerprojekte, die das arbeitende Volk aufs schwerste belastet hätten. Ein Bürgerblut von 1932 wäre nicht dabeifelle wie der von 1928, sondern viel gefährlicher. In der Demokratie gilt die Herrschaft der Mehrheit in viel höherem Maßstab, als vor dem Krieg die Herrschaft in den absolutistischen Staaten, weil die Mehrheit im Namen des Volkes spricht. In der Opposition wäre zwar die Freiheit der Agitation wieder hergestellt, aber diese Agitation ginge ins Leere. Angesichts der 600000 Arbeitslosen müßte ich die Verantwortung für den Austritt aus der Regierung nicht auf mich nehmen. Die jetzigen Mehrheitsverhältnisse zu ändern ist Sache der Wähler. Wir dürfen aber doch wohl sagen, daß sich die 60 Sozialisten gegen die 140 Bürgerlichen in der Koalition sehr gut geschlagen haben. Es gibt keine gesetzgeberische Maßnahme dieser Regierung, die sich gegen die Arbeiter richten würde. Freilich gilt nicht das Gleiche für die Verwaltung. Wir glauben, daß mit der Annahme unserer Entschliebung der Arbeiterklasse dieses Staates ein guter Dienst erwiesen wird. (Beifall)

Zum Schlußwort wird sodann dem Genossen Dr. Czoch das Wort erteilt.



# Das Schlußwort des Genossen Czech.

Die Ausführungen des Genossen Grund zwingen mich, entgegen meiner ursprünglichen Absicht, meine Darlegungen in einigen wichtigen Punkten zu ergänzen. Ich habe in meiner Rede ausdrücklich erklärt, daß seit langer Zeit Verhandlungen über die Regierungsbildung im Gange sind. Während ich hier sprach, wurden diese Verhandlungen zu Ende geführt, was ebenjotig schon einige Tage vor dem Parteitag hätte geschehen können. Niemand hatte die Absicht, in der Partei dem Parteitag vorzugreifen und ich habe ausdrücklich erklärt, daß die Entscheidung über die weitere Regierungsbildung dem Parteitag zusteht. Hätte der Parteitag anders entschieden, wäre der Beschluß noch am gleichen Tage verwirklicht worden.

Ich weiß nicht, wie man sagen kann, daß der Traplsche Finanzplan angenommen wurde. Ich habe gesagt, daß dieser Plan, an dem sich der Kampf zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteien entzündete, den Ausgangspunkt der Beratungen bildete. Er enthielt eine unsozial gelegerte Herabsetzung der Bezüge der öffentlichen Angestellten, neue Steuern, Renten Kürzungen und eine Bedrohung des Genter Systems. Wir haben bisher kein ausgeglichenes Budget. Nur ein ausgeglichenes Budget bildet die Gewähr für die Befestigung einer gewissen Unruhe auf dem Gebiete der Währung. Man wollte die Finanzen in Ordnung bringen und

die sozialistischen Parteien haben darauf gedrängt, die Mittel für die Arbeitslosenfürsorge zu sichern.

Trapl hat eine ganze Reihe von Vorschlägen für die Herstellung des Gleichgewichtes gemacht, die alle Reserven, auch das der Landesverteidigung, betreffen. Es handelte sich um die Befestigung eines Restzins von 1100 Millionen Kronen, das dann nach und nach gesenkt wurde auf 700 Millionen Kronen. Es war ungeheuer schwer, den Fehlbetrag aufzubringen. Trapl hat eine ganze Reihe von Wünschen hinsichtlich der Pensionisten und der Kriegrenten gehabt und mehrere Anträge hinsichtlich des Genter Systems.

Wir haben erklärt, daß wir über die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung und der Renten der Kriegspolter überhaupt nicht verhandeln

und bei einer Kürzung der Bezüge der öffentlichen Angestellten können wir nur einer sozialen Lösung zustimmen. Es ist also nichts anderes geschehen, als daß im Rahmen der Koalition auf Grund der Verhandlung mit den tschechischen Genossen eine Einigung zustande gekommen ist,

daß unter der Voraussetzung einer sozialen Lösung die sozialistischen Parteien, also auch die Nationalsozialisten, der Bewilligung eines Betrages von 600 Millionen Kronen zustimmen.

Trapls Plan wurde also nicht angenommen, sondern abgelehnt. Trapl hat eine lineale 10prozentige Kürzung aller Gehälter und Pensionen verlangt. Das ist abgelehnt worden, nicht nur zum Teil. Nach langem Kampfe wurde von der Koalition das Prinzip einer sozialen Lösung angenommen. Wir haben einen großen Erfolg in der Frage der Renten der Kriegsinvaliden erzielt.

Zweimal gelang es uns, den Abbau bei den Kriegsinvaliden abzuwehren,

einmal vor drei Monaten und vorgestern wieder, wo es sich darum handelte, die Rente mit einer Invalidität von 20 bis 30 Prozent aus dem Rentenbezug auszuschalten. Diese Maßnahme hätte 60.000 Invalide betroffen. Hätte es den Druck der sozialdemokratischen Parteien nicht gegeben, wären diese Renten schon gestrichen worden. (Beifall.) In dieser Richtung ist also der Finanzplan Trapls nicht angenommen worden. Aber wir werden auch dazu Stellung nehmen. Das Budget wird gemacht werden und

wir erklären schon heute, daß an der Arbeitslosenunterstützung nicht gerüttelt werden darf. (Starker Beifall.)

Genosse Lorenz aus Kitz sagte, die Sache mit dem Gehaltsabbau sei eine schreckliche Angelegenheit; da werde es neuen Haß geben und neue Feinde, aber das schrecklichste wäre, daß ein Betrag von 600 Millionen Kronen der Volkswirtschaft entzogen wird. Ich frage: wieso entzogen? Diese 600 Millionen Kronen sind doch längst nicht mehr vorhanden. Glauben Sie denn, daß der Finanzminister diesen Betrag in der Staatskassa anlegen wird? Im Budget des Ministeriums für soziale Fürsorge sind die Ausgaben außerordentlich gestiegen. In normalen Zeiten hatte z. B. die Post der Kriegrenten eine sinkende Tendenz, aber man beginnt wieder solche die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ein Anzeichen, weil ja viele Kriegsinvalide nun wieder die Bezugsberechtigung erlangt haben. Die Altersrenten hatten eine sinkende Tendenz, sie steigen wieder an, weil viele der sogenannten Ueberalterten die Bezugsberechtigung erlangt haben und auf die Rente angewiesen sind. Die Ausgaben für die Wohnungs- und Jugendfürsorge, für die Durchführung der Gesetze, die wir in den letzten Jahren erreicht haben, steigen. Es wachsen die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung, weil auf Grund der Novelle zum Genter System der Staat nun den drei- bis vierfachen Zuschuß leistet, weil der Staat nicht mehr 13, sondern durch 20 Wochen Beiträge gewährt. Das alles kommt natürlich im Budget des Ministeriums für soziale Fürsorge zum Ausdruck. Aber glauben wir doch nicht, daß alle diese Mittel sonstjens vom Himmel fallen. Die Produktion sinkt. Die Steuereingänge werden immer geringer. Die Lage der Staatsunternehmungen verschlechtert sich. Alles das zusammen hat naturgemäß einen außerordentlichen Ausfall in den Staatseinnahmen ergeben. Ich muß Ihnen auch sagen, daß ich jeden Monat kämpfen muß, um die Kredite für die außerordentliche Hilfeaktion zu bekommen; aber ich muß auch dabei sein,

wenn die Mittel dafür aufgebracht werden sollen. Ich habe die Verantwortung und den Mut zu sagen, es muß zur Tilgung des Leides der täglich wachsenden Arbeitslosigkeit das Menschlichste mögliches aufgebracht und zu Maßnahmen geiffen werden, welche gewisse Härten für gewisse Schichten beinhalten. (Beifall.) Zum Kapitel „Militarismus“ muß ich doch nicht sagen, daß wir nicht die Macht haben, durchzusetzen, daß diese Post von 1,5 Milliarden gestrichen wird. Ich kann Ihnen verraten, daß es nicht ein Freundlichkeitsakt der sozialdemokratischen Parteien ist, wenn sie dem Budget zustimmen. Das Militärbudget ist geleglich ziffernmäßig festgelegt. Es war schon außerordentlich schwer, in den zurückliegenden Jahren durchzusetzen, daß an dieser festgelegten Post gerüttelt wird. Aber man nimmt alles, was hier geschehen ist, einfach als Geschenk des Himmels hin. Ueber Trängen der sozialdemokratischen Minister wurde die Herabsetzung der Militärdienstzeit auf 14 Monate erreicht. Davon wird überhaupt nicht geredet! Wir müssen angesichts der wirklichen Lage sagen, daß wir heute in finanzieller Beziehung nicht mehr auf Monate vorzulegen können, sondern beinahe nur noch von Tag zu Tag.

Wenn wir unter solchen Schwierigkeiten noch alles heimbringen, was wir eben erreicht haben, was wir für die Arbeitslosenfürsorge brauchen, dann ist das ein großer Erfolg.

Wir haben auch dem Finanzplan Dr. Trapls einen anderen Plan gegenübergestellt. Wir mußten Geld beschaffen durch Erhöhung der Einkommensteuer. Wir haben nur zugestimmt, daß dadurch die besitzenden Schichten betroffen werden. Wir mußten der Erhöhung der Umsatzsteuer zustimmen. Es war unser Erstes, zu verhindern, daß sich diese preisversteuernd auf die Lebensmittel und unmittelbaren Bedürfnisse auswirkte. Es wurde eine Kuleihe aufgenommen, die zum großen Teil vom Fürsorgeministerium aufgebracht wurde. Und das gleiche geschah mit dem 150 Millionen-Fonds. Wenn ich all diese Leistungen in meinen Tätigkeitsbericht nicht angeführt habe, so muß ich jetzt zumindest verlangen, daß mir daraus (Czech sagt das halb scherzhaft) nicht eine Verantwortlichkeit zugeschoben wird.

Bei der Beurteilung des Verhältnisses der Wählermassen zur Partei muß man sich vor einer Panikstimmung bewahren. All die in der hofentzerrlichen Presse groß aufgezogenen Niederlagen unserer Partei erwiesen sich bei kritischer Prüfung als lange nicht katastrophal.

Ich habe die feste Überzeugung, daß wir die größte deutsche Partei in diesem Staate bleiben werden.

(Beifall.) Ich zitiere das Wort unseres unvergesslichen Adlers, daß eine Niederlage eine neue Aufgabe ist. Doch allein auf die Koalitionspolitik können

## Die politische Resolution des Parteitages.

Die vom Parteitage zum Punkt 2 der Tagesordnung: „Die politische und wirtschaftliche Situation“ angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Die kapitalistische Wirtschaft ist aufs schwerste erschüttert. Das Funktionieren des internationalen Kreditwesens ist gestört, die Produktion ist unter den Vorzeichen der Zurückgefallen, die Zahl der Arbeitslosen ist unermesslich gewachsen. Die Bourgeoisie ist bemüht, die Lasten der Krise völlig auf die Arbeiterklasse abzuwälzen und bringt so das Proletariat in einen schwierigen Abwehrkampf zur Verteidigung seiner physischen Existenz und zur Aufrechterhaltung seiner sozialen Erzeugnisse.

Die Wirtschaftskrise hat auch die politischen Kräfteverhältnisse in der ganzen Welt grundlegend geändert. Deklassierte Mittelschichten haben sich der faschistischen Bewegung in die Arme geworfen, die unter der Maske des Antikapitalismus das gefährlichste Werkzeug der Reaktion ist. Die Verelendung durch langandauernde und hoffnungslose Arbeitslosigkeit, die Verwirrung und Vergiftung der Arbeiterbewegung durch die Spaltung hat dem Faschismus auch Anhänger aus den Reihen der Arbeiterklasse zugeführt. Fast überall ist die Klassenbewußte Arbeiterklasse auch politisch in die Defensive gedrängt. In Deutschland hat der Faschismus die Demokratie funktionsunfähig gemacht und so die unverhüllte Diktatur der Generale, Junker und Schwerindustriellen ermöglicht. In Österreich legt der Faschismus in verschiedenen Erscheinungsformen immer wieder zum Sturm gegen die parlamentarische Demokratie ein. Überall stellt sich der Faschismus in den Dienst des Bürgertums im Kampfe gegen die sozialen Erzeugnisse der Arbeiterklasse.

Die Krise hat auch die wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen den Staaten gelockert und erschwert, sie hat den Übergang Englands zum Schutzollsystem herbeigeführt und durch die Bedrohung der Währungen und die dadurch erzwungenen Beschränkungen des internationalen Zahlungsverkehrs die Möglichkeit des Güterausstausches zwischen den Nationen auf ein Minimum eingeschränkt. Zugleich mit dem wirtschaftlichen Nationalismus haben sich aber auch die politischen Spannungen zwischen den imperialistischen Staaten verschärft, das Verlangen des Völkerbundes herbeigeführt und das Gelingen der Abrüstungskonferenz bedroht und so den Aufrüstungsdrängen und den Kriegsgefahren neue Nahrung gegeben.

Auch die Tschechoslowakei ist von dieser wirtschaftlichen und politischen Entwicklung ergriffen worden. Die Wirtschaftskrise hat das Land aufs schwerste heimgesucht. Die Zahl der Arbeitslosen, die im zurückliegenden Winter auf über eine halbe Million angewachsen war, ist nach ungenügender Saisonentlastung wiederum im Steigen begriffen und es besteht die Gefahr, daß in den Wintermonaten der Höchststand des Vorjahres noch überschritten wird. In dieser Situation kämpft die Bourgeoisie für den Abbau der sozialen Erzeugnisse, für die Senkung der Löhne, für die Aufhebung des Mieterschutzes, sie legt jedem sozialpolitischen Fortschritt den härtesten Widerstand entgegen und läßt sich die beschwerlichsten Leistungen zur Verringerung des Massenleids mühsam und widerwillig abringen.

Die Welle des internationalen Faschismus und die wirtschaftliche Verelendung hat auch in der Tschechoslowakei die faschistischen Tendenzen gestärkt und die nationalistischen Gegensätze unheilvoll zugeführt. Die Parteien des tschechischen Bürgertums suchen einander in nationalstischer Feindschaft zu überbieten, im deutschen Kolle ist teils unter dem Einfluß des Hofentzerrfaschismus im Reiche, teils unter dem Druck des tschechischen Nationalismus die nationalstische Bewegung gewachsen. Indem diese reaktionären Bewegungen einander durch ihre verantwortungslose Agitation gegenseitig eine Nahrung bieten, kann es auch auf dem Boden der Tschechoslowakei zu einer ersten Bedrohung der Demokratie kommen.

Diesen schweren Gefahren muß die Arbeiterklasse in geschlossener Front entgegenreten.

Die Kommunisten haben sich längst aus dieser Front ausgehalten. Sie selbst haben ihre in letzter Zeit verläßt propagierte Einheitsfrontparole als Fortsetzung der Spaltungspolitik mit anderen Mitteln enthüllt, sie haben durch die jüngsten Beschlüsse ihrer eigenen Internationalen, welche das Scheitern einer revolutionären Tätigkeit der K. P. C. ausdrücklich feststellte, ihr Verratsgeschrei als heuchlerische Demagogie gebrandmarkt.

Umso dringender ist es notwendig, daß unsere Partei die mit dem Entschloßener Kongreß eingeleitete Zusammenarbeit mit den tschechischen Genossen, die seither zur innigen Kampfgemeinschaft erwachsen ist, aufrecht erhält und weiter ausgebaut, denn nur so wird die Einheitsfront der Arbeiterklasse verwirklicht.

Dem einzigen Zusammenwirken der beiden sozialdemokratischen Parteien ist es gelungen, in einer Periode der wachsenden Reaktion das parlamentarische Regierungssystem anangeschoben aufrecht zu erhalten, in einer Zeit des Abbaues der Sozialpolitik in aller Welt die sozialpolitischen Einrichtungen unversehrt zu erhalten und teilweise auszugestalten, in einer Zeit wachsender internationaler Spannungen und gesteigertem Aufrüstungsieber die Kürzung der militärischen Dienstzeit zu erzwingen.

Diese Tatsachen beweisen, daß die Mitarbeit sozialistischer Parteien in einer Koalitionsregierung zwar nicht imstande ist, die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische herbeizuführen, da dies nur möglich ist, wenn das Proletariat die politische und wirtschaftliche Macht besitzt, wohl aber die Arbeiterklasse kampffähig zu erhalten und reif zu machen für die Kämpfe der Zukunft.

Wenn daher der Parteitag den Beschluß des Kuffiger Parteitages über den Regierungseintritt überprüft, in dem zur Begründung dieses Schrittes gelogt wurde:

„Es geschieht dies einerseits im Hinblick auf die internationale Lage sowie die Stellung und die Aufgaben der Arbeiterklasse im Rahmen der internationalen Politik. Es geschieht dies im Interesse der Ermöglichung einer weiteren Ausgestaltung und Vertiefung der Zusammenarbeit der deutschen Arbeiterklasse dieses Landes mit der tschechischen Arbeiterpartei, es geschieht in Würdigung der Ergebnisse der letzten Wahlen und der Notwendigkeit der Abwehr eines sonst unvermeidlich reaktionären Regimes.“

so kommt er zu der Feststellung, daß die darin angeführten Voraussetzungen in vollem Umfange und unter wesentlich verschärften Verhältnissen auch jetzt weiter bestehen.

Der Parteitag ermächtigt den Parteivorstand und die parlamentarische Vertretung, die bisherige Politik fortzusetzen und dabei im Sinne der Forderungen des gemeinsamen Manifestes der beiden sozialdemokratischen Parteien vom 24. September 1932, auf dessen Boden sich der Parteitag vorbehaltlos stellt, zu kämpfen und zu wirken. Sobald eine Änderung der Voraussetzungen eintritt, auf welchen dieser Beschluß beruht, ist der Parteivorstand verpflichtet, die zur Entscheidung berufenen Körperschaften zusammenzuberufen und ihr Votum einzuholen.

Der Parteitag richtet an die Klassenbewußte Arbeiterklasse die Mahnung, trotz allem nicht zu vergessen, daß aus dem Elend der immer schwerer werdenden und länger dauernden Krisen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Keime für eine Umgestaltung der Gesellschaftsordnung entstehen, daß über die Sorgen des Alltags hinaus der Klassenkampf weitergeht und daß wir diesen Kampf opferfreudig, energisch im allen revolutionären Geiste in jeder Lage, vor die wir gestellt werden, fortzuführen werden bis zur Erreichung des heilighen Zieles — des Sozialismus!

diese Stimmeneinbußen nicht zurückgeführt werden; da sind auch lokale Momente maßgebend. Diese müssen erkannt und als schädliche Einflüsse ausgehalten werden.

## Ueber das Koalitionsproblem.

Es kann vor allem nicht unüberprüfbar bleiben die Auffassung, daß es in der Partei zwei Richtungen gibt: die Illusionisten und die auf dem Boden der realen Tatsachen Stehenden. Wenn Genosse Reichner ausführte, daß er hier keine Illusionen zu begründen habe, so will ich ihn daran erinnern, daß er sich doch einer Illusion hingeeben hat, wenn er von unserer Regierungsteilnahme bei den gegenwärtigen Nachverhältnissen keinerlei unter anderem erhoffte: Schulautonomie, kulturelle Selbstverwaltung, Kürzung der Arbeitszeit, Preisabbau, Herabsetzung der Militärlasten. Für uns hat es nicht einen Augenblick Zweifel gegeben, daß wir im Rahmen der Koalitionsregierung nur Teilforderungen durchzusetzen vermögen. Wir sind demgegenüber unserem Programme nicht untreu geworden.

In ähnlicher Weise nimmt Genosse Czech zu den Ausführungen des Genossen Kessler-Bodenbach Stellung: Wenn wir vor unserer Regierungsteilnahme im Konkreten über die möglichen Leistungen hätten sprechen wollen, niemand würde unsere bisherigen effektiven Erfolge für möglich gehalten haben.

Die Erhaltung des Mieterschutzes in ungeändelter Form war positive Arbeit. Ich muß noch einmal sagen, daß wir allen anderen Staaten gegenüber in bezug auf die soziale Gesetzgebung eine Ausnahme bilden.

Nach im Juli dieses Jahres konnten wir diese bereichern. Nicht eine Sekunde haben wir in den letzten drei Jahren unser Eigenleben als Partei verloren. Wir haben in der Koalition so gerungen, wie auf jedem anderen Kampffeld des Klassenkampfes.

Wir haben an unserem revolutionären Charakter nichts eingebüßt und können jederzeit guten Mutes mit dem vor die Öffentlichkeit treten, was wir zu schaffen vermögen. (Starker Beifall.)

Reichner hat eine Drehung von 180 Grad verlangt. Er wollte um die Frage „was dann“ mit einer Ausrede auf die Kürze der Redezeit herumkommen. Doch diese Frage muß beantwortet werden, wollen wir von unserer Verantwortlichkeit nicht zurückweichen. Für alle von uns wäre die Rückkehr in die Opposition wie ein Aufenthalt in einem Sanatorium. Aber ich muß doch der Arbeiterklasse die Frage beantworten können: was weiter? Ich kann es nicht machen, wie der Reiter, der gefragt wurde: „Wohin reitest du?“, und der die Antwort gab: „Trag das Pferd!“ Ein schönes Wort von Marx lautet, daß sich der falsche Reiter von der geschicktesten Biene dadurch unterscheidet, daß er den Honig seines Wertes fertig im Kopfe hat, bevor er an die Arbeit geht.

Wenn wir aus der Koalition hinausgehen, müssen wir wissen, was wir an die Stelle der heutigen Koalitionspolitik zu setzen haben.

Auf eine Politik, die sagt, zum Schluß kommt doch die Beamtregierung, können wir uns nicht einlassen.

Ich habe auch andere Vorstellungen von der Zusammenarbeit mit den tschechischen Genossen, wie einzelne Redner hier gesagt haben. Wir waren glücklich,

daß die Zusammenarbeit mit den tschechischen Sozialdemokraten sich nicht nur auf die Koalitionspolitik beschränkt hat, sondern daß wir auch parteimäßig zusammengearbeitet haben.

Es ist auch unser Standpunkt, daß einer der Gründe unserer Koalitionspolitik die Zusammenarbeit mit der tschechischen Sozialdemokratie ist. Aber ich kann es doch nicht so sagen, wie es in der Resolution der Bodenbacher Genossen enthalten ist. Mag sein, daß die Lage der tschechischen Genossen eine andere ist, aber wir haben uns immer mit ihnen beschäftigt. Die Genossen machen sich, wie Rosa Luxemburg einmal gesagt hat, ihren Radikalismus verstaubt leicht!

Wenn wir aus der Koalition austreten und die tschechischen Genossen darin bleiben — gibt es eine größere Tragödie für die Arbeiter dieses Landes? Gibt es eine größere Enttäuschung für die ganze sozialistische Arbeiterinternationale?

Sie jamren über einzelne Niederlagen, die wir da und dort erlitten haben, aber gemessen an der Niederlage, die uns die Trennung von den tschechischen Genossen bringen würde — gegen diese fürchterliche Enttäuschung der Arbeiterklasse wären alle lokalen Niederlagen eine zwerghafte Sache.

Kun ein Wort zu der sogenannten Linken. Es bereitet sich ein neuer Abfall der Partei vor, die sogenannten Linken, denen das gewöhnliche Volk der Partei gegenübersteht. Aber wenn kann es unter den heutigen Verhältnissen erspart bleiben, sich mit den Fragen des Tages zu beschäftigen? Die Koalitionspolitik hindert uns nicht, uns mit den großen Fragen des Sozialismus auseinanderzusetzen, die theoretischen und Weltprobleme zu erörtern. Mitten in dem Kampf unserer Zeit beschäftigen wir uns mit diesen Aufgaben. Genosse Dief hat sich auf Kusterly berufen, der in seinem letzten Artikel geschrieben hat, daß das Ziel alles ist. Das aber hat sehr wenig mit Koalitionspolitik zu tun und Genosse Dief hat kein Recht, in diesem Punkte sich auf Kusterly zu berufen. Man kann in dieser katastrophalen Lage der Arbeiterklasse nicht das Auslangen damit finden, wenn man sagt, das Ziel ist alles.

Dr. Czech beschäftigt sich nun noch mit den einzelnen Punkten der von der kleinen Gruppe eingebrachten Resolution und kommt sodann zum Schluß: Ich habe, Genossen, alle Debattierenden mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Mit Gesichtslosigkeit können wir in der fürchterlichen Situation, in der wir uns befinden, nicht aus-



### Angelobung des neuen Kabinetts.

Prag, 31. Oktober. Alle Mitglieder der neu-ernannten Regierung mit ihrem Vorsitzenden Kallpeter veranmalteten sich gestern um 10 Uhr vormittags im Audienzsaal der Burg, um den Eid in die Hände des Präsidenten der Republik abzulegen. Ihren Eid bestätigten die Mitglieder der Regierung durch Unterfertigung eines Protokolls, das Johann der Präsident der Republik durch seine Unterschrift beglaubigte. Bei der Eidesleistung war Konzele Dr. Šamál anwesend. Vorher hatte sich der Präsident von der abtretenden Regierung Urdžal verabschiedet, deren Mitglieder mit dem gewählten Vorsitzenden der Regierung alle bis auf den erkrankten Abg. Dr. Bistovský sich eingefunden hatten. Der Präsident dankte in herzlichen Worten allen für die Arbeit, die sie geleistet haben, und verabschiedete sich von den Mitgliedern der früheren Regierung, die nicht mehr in die gegenwärtige Regierung eintraten.

Am Montag hat der neue Eisenbahnminister Genosse Bechyně die Agenden des Ministeriums übernommen.

Kommen, wir müssen an seine Stelle den Totalsozialismus setzen. Unseren Blick auf das Ziel gerichtet, müssen wir uns mit beiden Füßen auf den Boden des wirklichen Lebens stellen und dürfen dabei keinen Augenblick die gegebenen Möglichkeiten aus den Augen lassen, müssen diese mit eisernem Willen für das Proletariat nutzbar machen.

Das wichtigste bleibt: Einigkeit und Geschlossenheit! Und weiter: kein Pessimismus, keine Kopfhängerei! Die Zeit, in der wir leben, diese Zeit mit ihren furchterlichen Risiken, wird überwinden werden. Für uns arbeitet die unangenehme Entwicklung zum Sozialismus. Wir haben eine wunderbare Partei, eine herrliche Bewegung, der auch der furchterliche Krisensturm nichts anhaben vermöchte. Wir heißen, Genossen, eine prachtvolle Jugend, die im Vorbestreben unserer Kampfregeln steht und die unsere Arbeit übernehmen und vollenden wird. Unsere Zusammenarbeit mit den tschechischen Genossen, mit dem Proletariat aller Nationen dieses Staates, gestaltet sich mit jedem Tage herzlicher und erweist den Reiz unserer Wegener. So werden wir, wenn die Stunde gekommen ist, alle Hindernisse, die sich dem Sieg der Arbeiterklasse hier bei uns und in aller Welt entgegenstellen, niederreißen und die notwendige Menschheit einer glücklicheren Zukunft, einer gerechten sozialen Ordnung zuführen. (Zürmüher langanhaltender Beifall.)

### Die Annahme der politischen Resolution.

Der Vorsitzende Genosse Kremler löst nun über die vom Parteivorstand und der Antragsprüfungskommission vorgelegte politische Resolution ab. Die ganze Parteitagung gegen 27 Stimmen annimmt. Der Vorsitzende stellt fest, daß hiermit — der Parteitag zählt 443 stimmberechtigte Delegierte — eine Abstimmung über die vom Genossen Šeund vertretene Resolution sich erübrigt.

Sodann werden die Verhandlungen für die letzten Tag geschlossen; sie werden Dienstag morgens um 8 Uhr fortgesetzt werden.

### Parteitag-Festfeier im Theater.

Anlässlich des Prager Parteitages hatte die Bezirksorganisation Prag unserer Partei Sonntag abends in der Kleinen Bühne eine geschlossene Theateraufführung als feierliche Begrüßungsfeier veranstaltet. Zur Aufführung gelangte hierbei der unter dem Gesamttitle „Dreimal Offenbach“ vereinigte Zyklus der drei köstlichen von Renato Wardo neu bearbeiteten Buffa-Opern „Die kleine Fauderhase“, „Die Verlobung bei der Vaterne“, „Die Insel Tulipatan“ des genialen französisch-deutschen Tonbildners Jacques Offenbach. Eine bessere Wahl konnte kaum getroffen werden, da diese Werke nicht nur höchste musikalische Werte repräsentieren, sondern auch in ihrer köstlichen Satire und Witzigkeit das beste Mittel zur geistigen Erbauung und Unterhaltung darstellen und sich überdies einer ausgezeichneten künstlerischen Wiedergabe an unserem Theater erfreuen. Redakteur Genosse Goldschmidt, der als Redakteur die einleitenden Worte des Abends sprach, betonte in seiner wohlgeformten und mit überzeugender Wärme vorgetragenen Begrüßungsansprache auch diese künstlerischen Momente dieses parteiessigen Theaterabends. Der tieferer Sinn seiner Ausführungen war die Feststellung, daß Politik und Kunst trotz scheinbarer Gegensätzlichkeit ihres Wesens dennoch die gleichen Ziele verfolgen: der Menschheit zum Glück und Wohle zu dienen. Lebhafter Beifall belohnte seine ebenso herzlich wie treffenden Worte. Die Aufführung der zeitgenössischen Werke fand dank vorzüglicher Wiedergabe durch alle Mitwirkenden im ausverkauften Theater begeisterte Aufnahme. Auf Einzelheiten einzugehen, erübrigt sich, da wir über die Werke und ihre Darsteller anlässlich der Erstaufführung Anfangs Oktober ausführlich berichtet haben. Es sei nur anerkennend festzustellen, daß alle Beteiligten all ihr Bestes einbringen, die Aufführung festlich zu gestalten und unseren auswärtigen Genossen die besten Eindrücke von unserer Theater und der dort gegenwärtig besonders eifrig gepflegten Kunst zu vermitteln. E. J.

# IRMGARD KEUNE Gilgi eine von uns

„Soß mich nur sprechen, du wirst schon dahinter kommen, hinter das, was ich meine. Du weißt, ich hab' Freunde gehabt — zwei — drei... man hat sich gefallen gegenseitig, man hatte Freude zusammen, und die Haut sagte ja zueinander. Das war natürlich und überschaubar, es hat mir abgesehen keine Gewissensbisse gemacht und mich nicht beunruhigt. Ich fühlte mich immer sauber und klar, ich war meiner sicher und hatte meinen Willen und eine selbstgezeugene Grenze, die so selbstverständlich war, daß man nicht drüber nachzudenken brauchte. Und jetzt — — — daß ich einen lieb habe — wirklich lieb — zum erstenmal in meinem Leben, gut und ehrlich und zu allem bereit — das wäre schön — und richtig und — aber...“ Gilgis Kopf fällt nach vorn, mit beiden Händen saßt sie Bits Gelente — ein greller schmaler Strich ihr Mund, ihre Worte — langsam tropfend, gleichmäßig unbestimmt, leiernd: „ich habe keine Grenzen mehr und keinen Willen, ich kann von heute an morgen nicht mehr für mich garantieren. Ich glaubte mich unendlich sicher und geborgen in meiner Liebe — jetzt hat sie mich wehrlos gemacht, vollkommen schutzlos — wie ist das möglich, Bit?? Ich bin allein und allem ausgeliefert — an eine Hand, die meinen Nacken streift, wenn sie mir in den Mantel hilft — an einen Blick, eine Stimme... Ich ahnte ja nicht, daß ich so sein könnte — ich verbrenne — ich habe eine qualende körperliche Beziehung zu allen Dingen — wenn ich die Skante des Tisches umschleife, wenn ich eine Blume sehe — wenn ich über diesen Belz hier streiche... Ich bin mir unlagbar zuwider. Nichts mehr ist sauber und klar und einfach, nicht einmal mehr mein früheres Leben. Vielleicht war alles, was man tat und wollte, nur Flucht vor dem — dem eignen Begehren. Vielleicht hat nichts Wert an sich, vielleicht ist alles Unwahrheit, und alles geschieht nur um dieser Flucht willen... Wo soll das hin? Was geschieht mit einem? Das geht ins Unendliche — ich habe Angst, Bit.“

Bits Gesicht ist verzerrt, seine Stimme heiser und zerrissen: „Warum erzählst du mir das — du! Darum bist du zu mir gekommen — darum... nur um mir zu sagen...“ Gilgi sieht ihn an. „Ach so, Bit.“ Trüber Spott hängt sich in ihre Mundwinkel. „Na, du hast recht — jeder für sich... haben uns beide keinen Mangel an Egoismus vorzuwerfen. Dank dir auch, Bit — hilft mir vielleicht am besten, indem du mich wissen läßt — noch ein Glas Portwein, Fräulein — schnell... daß du mich wissen läßt, daß man nur, nur auf sich angewiesen ist.“ Gilgi springt auf, tritt hinter Bit, packt ihn mit hartem Griff in den Nacken. „An dich hab' ich geglaubt, Junge — an deine Gerechtigkeit, gerecht zu sein. — Laß dich begraben mit deinem ganzen Sozialismus und deinen Weltverbesserungsideen, wenn du zu denen gehörst, die's einer Frau übernehmen, wenn sie durch Gott weiß welchen Blutsasall nicht mit ihren schlafen will. Ihr habt ein Talent, eine Frau böse zu machen! Langsam und böse streift Gilgis Hand über Bits Ohr, kriecht in sein Haar — und nicht zusammen, Junge — daß Mann und Frau von Natur Tiere sind, weiß ich längst, daß man die heilige Aufgabe hat, was anderes aus sich zu machen, weiß ich auch, daß man die Kraft und die Möglichkeit hat, mehr zu sein — glaub' ich noch. Dadurch? Tropdem? Egal, glaub' ich noch.“

Gilgi steht auf der Straße. Lehnt an grauer Hauswand. Dunst in der Straße — Hurenackerisch. So gemein bin ich! Wieder sich gemein finden, als sich selbst anlägen. Gilgi geht, geht — unlässige Anstrengung jeder Schritt — frist an einer Enttäuschung. Bleibt wieder stehen. Krampft die blauen Hände ineinander — vor einem bewahrt bleiben: nie feige werden, nie unehrlich werden. Das wäre das letzte; anderen Schuld geben für das, was eigene Schuld ist... und vergiß uns umre Schuld, wie auch wir vergessen... zerreiß das Vaterunser mit deinen Händen, zerreiß es zwischen deinen Fingern — es läßt, läßt, läßt und läßt. Gib uns Wissen ins Blut, gib uns Glauben ins Blut — eins, eins vor allem: lehre uns den Alleinglauben an eigene Schuld — nicht; wie auch wir vergeben... das stimmt nicht — wir haben nicht zu vergeben, nichts — nie — niemanden. Es gibt keine Schuld anderer an uns, es gibt immer und nur eigene Schuld. Ja, so ist es — Bit hat mich nicht böse gemacht — hat mir nur bewiesen, wie böse und häßlich ich in Wirklichkeit bin. Wieder Gott, was geschieht mit mir... ich will nach Haus — zu Martin will ich. Die elegante kleine Dame Gilgi hält ein Auto an — „schöne Sache“, blinzelt der Chauffeur mit dem rechten Auge — sie fällt ins abgedachte Polster. Laßt die Hände über den Knien herabhängen, den Kopf vornüber sinken, hat die Lippen halb geöffnet — über Martin, mein Liebling, was hast du aus mir gemacht? Soviel Sehnsucht, Sehnsucht nach dir — Sehnsucht über dich hinaus — Sehnsucht — du — du hast mir die Geschlossenheit meiner Schärkel fortgerißt.

Spät in der Nacht ist's. Gilgis Kopf liegt auf Martin's Brust, sie hat die Hände in frischen Kieselsteinen vergraben. „Martin“, sagt sie halblaut, „du bist viel klüger als ich, du weißt viel mehr als ich — du mußt verhindern, daß aus Liebe meine Liebe zu dir entpopt geht. Das darf doch nicht geschehen, daß du eines Tages nur

Mann für mich bist — du mußt immer Martin für mich sein.“ Sie hebt den Kopf — — — keine Antwort. Schnelle, gleichmäßige Atemzüge. Er schläft. Ihre unarten Lippen kosten an seiner Brust hinauf, seinen Hals — bis zum Mund — mein Liebling, das wäre schön, wenn du immer alles in mir wüßtest, ohne daß ich davon zu sprechen brauchte. Das wäre schön. Aber man darf ja wohl nicht zuviel verlangen.

Rüchternes Arztzimmer. Blinkende Instrumente. Geruch noch nichts. Selbstbewußte Asepsis. Auf der schmalen, kühlen, wachstuchbedeckten Chaiselongue sitzt Gilgi und bringt's ohne Spiegel fertig, ihre Krawatte zu einem ordentlichen festen Knoten zu schlingen. Aufreizend umständlich wackelt sich der kleine blonde Arzt vorm Waschbecken, die dünnen ausgeblaugten Gynäkologenhände.

### Eine festgeschlossene Einheit.

„Právo Lidu“ über den Parteitag.

Unter dem Titel „Der Parteitag der Bruderpartei“ schreibt Genosse Štibin im Leitartikel des „Právo Lidu“: „Wenn wir von Brüderlichkeit sprechen, so ist das keine Phrasologie. Es ist ein Wort, welches wir vom Sozialdemokratischen Kongress an in vielen und vielen schwereren Situationen erkämpft haben, welche die tschechischen und deutschen Sozialdemokraten als fest geschlossene Einheit fanden, die den Forderungen der Arbeiterklasse in brüderlicher Gemeinschaft den Weg bahnt, wenn auch der Weg heute oft durch Dürst führt. Unsere Brüderlichkeit ist also nicht nur in der internationalen Solidarität verankert, welche wir gegenüber den anderen Arbeiterpartei pflegen, sie ist mehr. Nicht nur, weil wir auf demselben Boden kämpfen, aber auch darum, weil wir ideell geeinigt sind und die gleiche gemeinsame Taktik befolgen.“

Nach einem Hinweis auf die Artikel der Genossen Wiener und Franzel in der letzten „Tribüne“ heißt es dann:

„Wir freuen uns über diese beiden Äußerungen als Beweis, daß die Idee unserer Verbrüderung mit den deutschen Genossen sich immer mehr und mehr verfestigt und das zum Leidwesen der Bourgeoisie, die geradezu demonstrativ zum Ausdruck bringt, wie gerne sie uns gegenseitig entfremden, so verbunden wolle. Diese Freundschaft wird sie nicht zerbrechen!“

Die Mitglieder unseres Parteivorstandes werden direkt und aufmerksam Teilnehmer des Parteitag sein. Sie werden seine Beratungen mit dem Eifer verfolgen, daß seine Ergebnisse der deutschen Bruderpartei den besten Erfolg bringen werden! Wir schließen uns diesem Wunsch an, daß herzlichste an und wünschen den Parteitagsgeselligkeiten und ausländischen Gästen in Prag den angenehmsten Aufenthalt.“

### Flottenabkommen

zwischen RSK und England in Vorbereitung.

Washington, 31. Oktober. (Reuter.) Der amerikanische Beobachter auf der Abrüstungskonferenz Norman Davis, der vor kurzem eine Abhängnahme mit der englischen Regierung hatte, berichtete heute dem Staatsdepartement bei seinen Besprechungen mit Macdonald und den anderen Mitgliedern des britischen Kabinetts sei kein Versuch gemacht worden, ein definitives Flottenabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und England auszuhandeln. Er erklärte aber, die Atmosphäre der Besprechungen sei ganz ausgezeichnet gewesen, und er glaube hoffen zu können, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien ihre Divergenzen über Sonntagstragen in befriedigender Weise erledigen werden.

### Einladung zur Weltwirtschaftskonferenz

an 67 Staaten versandt.

Genf, 31. Oktober. Das Völkerbundsekretariat hat in diesen Tagen die Einladungen zur Weltwirtschaftskonferenz, die in London voraussichtlich im Februar nächsten Jahres beginnen wird, an die Regierungen versandt. Im ganzen sind 67 Staaten aufgefordert worden, bevollmächtigte Vertreter zu entsenden. Darunter befinden sich zehn Staaten, die dem Völkerbund nicht angehören.

### Die Fensterscheiben

des englischen Kriegspalastes in Gefahr.

London, 30. Oktober. Bei strömendem Regen wurde heute auf dem Trafalgar-Quadrat eine Protestkundgebung gegen den Bedürfnisnachweis veranstaltet. Zunächst hörte die Menge den Ausführungen der verschiedenen Redner ruhig zu. Später versuchten die Massen, in die Downingstreet einzudringen. Als eine Abteilung Poli-

„Zum Donnerwetter, machen Sie endlich den Mund auf, Herr Doktor — was ist los mit mir? Krieg' ich ein Kind oder nicht? Wie? In sieben Monaten? So. — Na schön, mehr wollte ich nicht wissen. — — — Was Sie mir zu sagen haben, sagen Sie bitte auf Deutsch, ich kann kein Lateinisch.“ Der blonde kleine Arzt weiß nicht, ob er erstaunt oder beleidigt sein soll. Schließlich versteht er seine Unentschiedenheit hinter überlegenen Wohlwollen.

„Sie sind kerngesund, kleines Fräulein. Prachtvoll gebautes Becken.“

„Was heißt prachtvoll gebautes Becken, Herr Doktor“, unterbricht Gilgi. Ist wie immer, wenn man vor schwierige und unabänderliche Tatsachen gestellt, ganz eingehüllt in eisige Sachlichkeit. Einen kräftigen Schuß Strohhalmjungenhaftigkeit braucht man als Selbstschutz. Keine Angst vor Worten, keine Angst vor Begriffen — deutsch geredet. Eine böse und ungeredete Witze hat sie auf den harmlosen kleinen Doktor. „Naß dich man nicht so wichtig, du leude in Karol getauchte Nidnmaus, du.“

„Was heißt prachtvoll gebautes Becken! Ich will kein Kind.“

Väterlich legt der kleine Arzt seine Hand auf Gilgis Schulter — „Kleines Fräulein...“

„Lassen Sie diesen molligen Großpapaton — ich will kein Kind.“

(Fortsetzung folgt.)

zei die Menge an ihrem Vorgehen hinderlich, drängten die Demonstration nach Ball-Mall und drohten, die Scheiben des Buckinghampalastes einzuzerfen. Die Polizei drängte die Menge zurück.

### Ein Naziführer a la Böhm.

Eine jurisdigene Klage gegen die „Arbeiter-Zeitung“.

Wien, 31. Oktober. (Eigener Bericht.) Am 3. Oktober hat die „Arbeiter-Zeitung“ in einem Artikel gegen den neu ernannten obersten Führer der Wiener NS Graf du Roulin-Coart schwere Vorwürfe erhoben. Der Graf hatte nun einzelne Stellen aus diesem Artikel geklagt, darunter die Behauptung, daß er der wiederholte Herz im ganzen Braunen Haus sei, der sozusagen nicht nur eine angestrebte Führertätigkeit einfallte, sondern auch die Rechte in Gesellschaft von männlichen Prostituierten in Homosexuellenverbänden zu verbrüngen pflegt. Er wurde welters Epithet des Braunen Hauses genannt und dann von den besonders absonderlichen sexuellen Reigungen dieses Menschen gesprochen, die es notwendig machten, vor ihm zu warnen.

Der Graf hatte daraufhin die Klage gegen das Blatt eingeklagt. Als aber die „Arbeiter-Zeitung“ erklärte, daß sie für den Artikel die Verantwortung übernehme und den Wahrheitsbeweis durch Zeugenaussagen von Parteigenossen des Klägers erbringen werde, hat du Roulin die Klage jetzt zurückgezogen und zwar mit der Erklärung, daß der Autor nicht ermittelt werden konnte.

In Wirklichkeit hat er dem geklagten verantwortlichen Redakteur gar keine Gelegenheit gegeben, vor Gericht eine Erklärung über den Autor abzugeben, und hat nicht einmal die öffentliche Verhandlung vor Gericht abgemacht!

### Venzelos tritt zurück.

Lissabon, 31. Oktober. In einer unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik Jaime's abgehaltenen Sitzung der politischen Führer wurde beschlossen, den Führer der Volkspartei Tsalbaris, der erst vor kurzem sich endgültig für die republikanische Staatsform ausgesprochen hat, mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Venzelos erklärte, daß sein Kabinett zurücktrete. Venzelos und Kofandaris würden das neue Kabinett tolerieren, doch bezweifelt man in politischen Kreisen, daß das Kabinett Tsalbaris lange Bestand haben wird. Man hält Neuwahlen für sehr wahrscheinlich.

### Staatsbesuch Herriots in Madrid

Madrid, 31. Oktober. (Reuter.) Der französische Ministerpräsident Herriot ist heute vormittags in Madrid eingetroffen.

Herriot erklärte vor seiner Abreise auf Paris, daß seine Reise keine Nebenabsichten verfolge und keinen politischen Charakter habe. Der Vertreter der alten befreundeten Republik kommt, um die neue spanische Republik zu begrüßen,“ erklärte Herriot.

Der französische Ministerpräsident bildet von der Grenze an auf allen Stationen den Gegenstand begehrter Ovationen, die bei seiner Ankunft in Madrid ihren Höhepunkt erreichten. Formirios flüchtete Herriot dem Präsidenten der Republik Alcalá Zamora einen Besuch ab, dem er die Abzeichen des Großkreuzes des Ordens der Ehrenlegion überreichte.

Etwa 100 kommunistische Studenten hielten während der Mittagsstunden in Madrid Ausschreitungen hervorzuwirken, indem sie mit dem Rufe „Krieg mit dem Krieg!“ durch die Straßen zogen. Elemente der äußersten Linken hatten nämlich neuerlich die Nachricht verbreitet, daß Herriots Besuch den Abschluß eines Militärallianzvertrages mit Spanien bewerde. Diese Nachricht wurde sowohl von französischer wie von spanischer Seite bereits wiederholt als völlig erfunden dementiert. Die Exzedenten wurden zerstreut.



# Die Impotenz des Agrarismus.

### Spina und Krzepak mahnen zur Verständigung — ihre Bundesgenossen rufen zum Streit.

Unlängst ging die Nachricht durch die Presse, daß sich Vertreter der beiden agrarischen Klubs nach Jahren wieder einmal zu einer gemeinsamen Beratung zusammengefunden haben. Dem Abgeordnetenhaus wurden dieser Tage eine Reihe gemeinsamer Anträge der Agrarparteien vorgelegt. Sie betreffen aber nur rein wirtschaftliche Forderungen. Die optimistischen Hoffnungen einiger bürgerlicher Blätter, die im Anschluß an die gepflogenen Wirtschaftsberatungen schon eine engere politische Zusammenarbeit der Agrarparteien nach dem Muster der Sozialdemokraten kommen sahen, scheinen sich nicht zu erfüllen. Während der Flitterwochen des Bürgerblocks hörten wir einmal aus dem Munde deutsch-agrarischer Führer, die Bauernparteien seien die Achse der nationalen Verständigung in diesem Staate. Jahre sind seither ins Land gezogen. Der Agrarismus ist wie eh und je in nationalpolitischen Fragen zerrissen und zerklüftet. Damit hat er sich gerade auf dem entscheidenden Lebensgebiete der Republik des Anspruches auf führende staatspolitische Geltung begeben.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die deutschen Agrarier diesen Zustand sehr schwer tragen. Es ist bekannt, daß sie zu wiederholten malen ihren Bundesgenossen das gute Beispiel der sozialdemokratischen Zusammenarbeit vor Augen gehalten haben. Bisher ohne jeden Erfolg. Die „Landpost“ ist immer wieder gezwungen, die nationalistischen Ausfälle der republikanischen Presse zurückzuweisen und in leicht erkennbarer Absicht die nationalveröhnliche Schreibweise der tschechisch-sozialdemokratischen Blätter zu zitieren. Unlängst erregte ein heftiger persönlicher Ausfall der Landbändler gegen den republikanischen Minderheitsapostel Dubicki Aufsehen bis weit in tschechische Kreise hinein. Ehrenpräsident Krzepak mußte mit einem Artikel ausrücken, um die blödsinnigen Landbändler zu beschwichtigen und bei der Stange zu halten. Minister Spina benützte am 28. September die Eröffnung einer landwirtschaftlichen Ausstellung in Prag, um zu einer veröhnlichen nationalpolitischen Rede, die offensichtlich an die Adresse der tschechischen Agrarier gerichtet war. Ihnen rief Spina mahnernd zu:

„Welch glückliche Völker könnten unsere von Natur aus so gegneten Länder einschließen, wie unerträglich wäre das Staatsgefüge, wenn der Haß und Streit machte dem Vertrauen und der Achtung vor dem anderen und jener Zusammenarbeit, noch der vor wenigen Tagen erst unser alter Führer Krzepak seine Stimme erhoben hat. Die schwere Not unserer Tage macht keinen Unterschied zwischen Deutschen und Tschechen, diese Zeiten durchzumachen, ist als Erbschaft des Weltkrieges den gegenwärtigen Generationen auf beiden Seiten als Schicksal auferlegt worden.“

Der „Benkov“ erwähnte diesen Appell an die agrarische Solidarität mit einigen Zeilen. Von einer ernsthaften Würdigung der Gedankengänge Spinas war keine Rede. Die Antwort — leider in ablehnendem, ja geradezu niederschmetterndem Sinne — wird den deutschen Agrariern durch die unbekümmerte Fortsetzung der chauvinistischen Politik der tschechischen Agrarpartei gegeben.

Eintige Tage nach der Rede Spinas in Begraditz kam bei einer Schulfeier in der westböhmischen Bergarbeiterstadt Ruzichan der Kulturpolitiker der tschechischen Sozialdemokratie, Genosse Vojta Venes, zu Wort. Venes sprach in veröhnlichem Sinne. Unter Hinweis darauf, daß die Tschechen im alten Oesterreich gegen die Entnationalisierung ihrer Gebiete gekämpft haben, wandte er sich auch entschieden gegen eine Tschechisierungspolitik. Venes ist der erste tschechische Politiker, der in früheren Kundgebungen kritische Maßstäbe an die sogenannte Minderheitspolitik angelegt hat. Vom Interesse des tschechischen Kindes ausgehend verurteilte er es, daß Minderheitsschulen errichtet werden, wo eine Mehrheit deutscher Kinder mit einigen tschechischen Kindern unterrichtet wird, wodurch beide Teile schwere pädagogische Nachteile davontragen. Venes steht auf dem vernünftigen Standpunkt, daß das tschechische Kind in die tschechische Schule, das deutsche Kind aber in die deutsche Schule gehöre. Man sollte meinen, daß diese gesunde Ansicht auch einmütig von den Vertretern der tschechischen Landbevölkerung geteilt würde, die doch ebenfalls auf den sinnlosen Luxus einer auf Tschechisierung ausgehenden Schulpolitik schwer draufzahlen muß, ohne den geringsten Vorteil

davon zu haben. Das Gegenteil ist der Fall! Vojta Venes wird wegen seiner kürschner Rede am argsten von der agrarischen Presse angefallen, die wieder einmal den nationaldemokratischen und fascistischen Preßerzeugnissen erfolgreich den Rang ablauft. Im „Plzeňský kraj“, dem Organ der agrarischen Abgeordneten Machnil und Kozomanerle wird eine heftige Attacke gegen Venes gerichtet. Natürlich geht es nicht nur gegen Venes los, sondern auch gegen Genossen Dr. Czech und gegen — Runa, den dieses seine Koalitionsablatz nach seiner Rückkehr zur Sozialdemokratie schon als Minister der Republik sieht. Der „Plzeňský kraj“ schreibt:

„Ist das nicht eine Schandtat der Gräber von Tausenden tschechischer Soldaten, mit denen alle Schlachtfelder der ganzen Welt überfüllt sind? Dafür sind diese Menschen gestorben, damit in einem Ministerkabinet der Nachkomme einer jüdischen Familie aus Polen Platz nehmen kann, der niemals seine Funktion als Vizepräsident des Abgeordnetenhauses versehen hat, nur damit er nicht ein paar tschechische Worte sprechen muß. Darum sind tschechische Soldaten gestorben und darum haben sie mit Tränen in den Augen, als sie in den Tod gingen, auf die weißrote Fahne geschworen, damit einmal in dem Saale, der aus Blut und Schmerzen geboren ist, im Ministerkabinet einer Platz nehmen kann, der in die Reihen ihrer Mörder gehört? Darum sind tschechische Menschen draußen und daheim gestorben, damit einmal der tschechische Abgeordnete Vojta Venes öffentlich gegen die Tschechisierung des germanisierten Gebietes in der Tschechoslowakei auftreten kann? Nein, sicherlich nicht.“

# Ein Weltereignis. Der französische Abrüstungsplan.

Die Bedeutung des neuen französischen Abrüstungsplanes kann gar nicht unterschätzt werden. Der Plan, den Herriots Vorgänger Tardieu zu Beginn der Abrüstungskonferenz vorgelegt hatte, war nichts als ein großer Bluff, als ein plumper Reklametrick dieses ehrgeizigen Politikers zu Wahlszwecken. Die Welt hatte das sofort erkannt und ist mit einem verächtlichen Achselzucken darüber hinweggegangen. Tardieus Plan hatte mit Abrüstung nicht das geringste zu tun. Die von ihm vorgeschlagene internationale Völkervereinigung bei gleichzeitiger unerminderter Aufrechterhaltung der französischen Rüstungen und der deutschen Ungleichheit, so wie sie durch den Versailler Vertrag festgelegt ist, kam nicht einen Augenblick als ernsthafte Diskussionsgrundlage in Frage.

Herriots Vorschlag dagegen stellt insofern einen gewaltigen Fortschritt dar, als er endlich zum erstenmal eine Preisgabe der militärischen Klauseln des Friedensdiktales durch Frankreich bedeutet. Frankreich ist jetzt grundsätzlich bereit, Deutschland und den übrigen besiegten Staaten das gleiche Wehrsystem wie allen übrigen Ländern zu gewähren, nämlich eine allgemeine Wehrpflicht mit kurzfristiger aktiver Dienstzeit, also das Milizsystem. Neben anderen Voraussetzungen verlangt es dafür, daß alle Berufsheere in Europa, vor allem natürlich die Reichswehr, zu verschwinden haben. Jetzt begreift man, warum dieser neue Plan zunächst auf so heftige Widerstände beim französischen Generalstab, insbesondere beim General Wegand, gestoßen ist, der zeitweise sogar mit dem Rücktritt drohte. Aber schließlich hat sich in Frankreich die Militärgewalt der politischen Zivilgewalt gefügt, was man leider nicht von allen Ländern sagen kann.

Es ist offensichtlich, daß der Grundgedanke des neuen Planes vom Kriegsminister Paul Boncour stammt, der sich immer, auch als er noch Mitglied der Sozialistischen Partei war, als ein entschiedener Gegner aller Berufsheere und als ein glühender Anhänger des Milizsystems gezeigt hat. Es war seit jeher Boncourns Lieblingsidee, daß man darum nicht herumkommen würde, auch Deutschland die allgemeine Wehrpflicht wieder zu gewähren. In Gesprächen mit deutschen Sozialdemokraten in früheren Jahren äußerte er sich sehr berührt darüber, daß die deutsche Arbeiterklasse im Grunde genommen froh sei, die allgemeine Wehrpflicht los zu sein.

Die französischen Sozialisten haben durch ihre Abstimmung in der Nacht zum Sonnabend bekundet, daß sie den neuen Plan Herriots grundsätzlich billigen, und niemand wird ihnen einen Vorwurf daraus machen dürfen, denn der Fortschritt ist unverkennbar. Er ist sogar im harten Kampf mit den Militaristen des Generalstabes errungen worden, die zunächst jedes Zugeständnis an die deutsche Gleichberechtigungsforderung rundweg ablehnten. Dieses Zugeständnis ist nicht gering, aber auch nicht vollständig. Hinsichtlich der Bewaffnung scheint es, als ob Deutschland weiter gewissen Einschränkungen des Versailler Vertrages unterliegen soll, von denen Frankreich und die anderen Länder weiter befreit sein würden. Indessen geht dies aus der Rede Herriots noch nicht eindeutig hervor, aber das war wohl eine der Bedingungen, unter denen Wegand schließlich nachgegeben hat. Darüber muß eben international verhandelt werden mit dem Ziele, daß zunächst der Hooverische Vorschlag auf Abschaffung aller Querschnittswaffen durchgeführt wird.

Daß man — trotz besseren Wissens — die mährische Abstammung des Genossen Doktor Czech nicht zur Kenntnis nimmt und ihn zum Galizianer stempeln will, weil sein Vater als Beamter dorthin veretzt wurde, das gehört zu den gewöhnlichen Methoden der staatsverhüllenden republikanischen Presse. Daß man selbst die gefallenen Legionäre als Kämpfer gegen den ersten deutschen Arbeiterminister reklamiert, ist eine Geschmacklosigkeit argster Sorte. Daß aber die tschechischen Kriegesgefallenen nun als Kronzeugen für die Tschechisierungspolitik geführt werden, ist ein Akt chauvinistischer Hysterie, dem wir noch nicht einmal in der Störform-Presse begegnen sind.

Dies ist die Antwort der tschechischen Agrarier auf die veröhnlichen Worte Krzepels und Spinas! Statt daß sie mitwirken an einer Verständigung der Völker, schreiben sie mit derartigen Argumenten — die man aus pregeßlichen Gründen nicht hinreichend qualifizierten kann — jeden anständigen Tschechen nieder, der ein ehrliches Wort an die deutschen Landsleute richtet. Es sei dahingestellt, ob Malypetr diese Methoden der Koalitionspolitik und der agrarischen Auseinandersetzung ebenso tolerieren wird, wie Herr Udrzal. Wenn solche Tonart in der republikanischen Presse weiter angewendet und gebudet wird, dann ist vor aller Welt offenbar, wer die Brandstifter des Wiederaufflammens der Nationalitätenkämpfe sind, die in dieser wirtschaftlichen Situation nicht nur Deutschen und Tschechen, sondern auch dem Staate, den sie gemeinsam bewohnen, unermesslichen Schaden zufügen müßten.

Auch die sonstigen Voraussetzungen Frankreichs bieten für Verhandlungen ein weites Feld. Ueber die Forderung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit ist kein Wort zu verlieren, sie wird seit jeher von der internationalen Sozialdemokratie entschieden proklamiert. Die weitere Forderung einer allgemeinen internationalen Kontrolle mit obligatorischem Untersuchungsrecht muß von dem Augenblick an beachtet werden, wo die grundsätzliche Gleichberechtigung allen Staaten zugestanden ist. Wenn auch in dem neuen Plan der Gedanke der „Sicherheit“ erfreulicherweise fast in den Hintergrund getreten ist, so hat er doch durch die Forderung vom Abschluß neuer regionaler Sicherheitsverträge Eingang gefunden. Wenn damit u. a. das berühmte „D'Locarno“ gemeint ist, so wird das gewiß auf nicht geringe Schwierigkeiten stoßen, ebenso wie der Ruf an Amerika, ebenfalls gewisse neue Sicherheitsgarantien zu gewähren. Die Idee der internationalen Streitmacht ist von dem Plan Tardieus übernommen worden, steht aber nicht mehr im Mittelpunkt der französischen Forderungen. Auch darüber ließe sich eine Einigung erzielen.

Für Deutschland und nicht zuletzt für die deutsche Sozialdemokratie wirft der französische Plan eine Fülle von neuen Problemen auf, und er kann deshalb selbstverständlich nicht ohne weiteres beachtet werden. Vor allem die Frage, ob Reichswehr oder Miliz, ist nach den Erfahrungen sowohl der Kriegs- wie der Nachkriegszeit vom finanziellen, innerpolitischen und psychologischen Gesichtspunkt nicht leicht zu beantworten. Aber ohne die Stellung der deutschen Bruderpartei irgendwie vorweg zu nehmen, läßt sich doch sagen, daß der neue französische Plan zumindest einen Ausweg aus der Sackgasse zeigt, in die das Problem der Weltabrüstung durch das bisherige Verhalten sowohl der französischen wie der deutschen Regierung geraten ist.

# Ein Kranz von Sicherheitspakten.

Paris, 30. Oktober. Kriegsminister Paul Boncour hat einem Sabas-Vertreter u. a. erklärt, der konstruktive Plan sei von einer Reihe von Sicherheitspakten umhüllt: Zuerst der allgemeine Konsultationspakt, der die Vereinigten Staaten miteinbegreifen könne, ferner der Völkervereinigungspakt und die aus ihm abgeleiteten Abkommen, wie der Locarno-Pakt, ferner der auf den Beitritt der Kontinentalmächte beschränkte oben analysierte Militärpakt, aus dem sich außer der gegenseitigen Hilfeleistung die Vereindeckung und Einschränkung der Armeen ergeben würde.

Die Grundzüge dieses Planes seien in Genf im Einvernehmen mit den militärischen Sachverständigen der französischen Delegation und im Einvernehmen mit Dr. Venes, Politik und anderen Delegierten der Abrüstungskonferenz aufgestellt worden.

# Marine und Luftflotten inbegriffen.

Paul Boncour hat auch betont, daß die Luftflotte und die Marine als zu den im Mittelmeer stehenden für die Rüstungsüberprüfung in Frage kommenden Waffengattungen anzusehen seien. Der konstruktive Plan sehe übrigens nicht nur eine Herabsetzung der Personalstärke, sondern auch des Kriegsmaterials vor.

# Jedem Arbeiterkinde eine Weihnachtsfreude!

Unter dem schweren Los der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit leiden wohl am meisten unsere Arbeiterkinder. Ein Gang durch die Straßen unserer Industriestädter und Städte zeigt uns ein erschreckendes Bild der Not und des Elends: Scharf gekleidete Jungen und Mädchen mit fahlen Gesichtern und eingefallenen Wangen schauen uns an, bitten um Hilfe. Wenn wir Kinderfreunde mit unseren roten Falken da und dort versuchen, etwas Freude und Mut zu verbreiten, so werden wir Helfer das Gefühl nicht los, daß nach den wenigen Stunden unseres Zusammenseins mit den Kindern diese doch sofort wieder gleich ihren Eltern dem grauen Alltag verfallen. Die auf unsere Veranlassung durchgeführten ärztlichen Untersuchungen bestätigen das, was der sozial fühlende Mensch täglich sieht. Mehr als 70 Prozent der untersuchten Kinder leiden an Blutarmut, sind unterernährt und als Folge davon konstatierten die Ärzte Rückenverkrümmungen, Nervöse und andere Krankheitserscheinungen. Eine Umfrage unter den Kindern ergab, daß so wie in den Kriegsjahren viele von ihnen ohne Frühstück zur Schule gehen müssen, daß das Mittagessen drei- und viermal in der Woche nur aus einer Wasserschuppe und Brot besteht. Fleisch ist eine Seltenheit geworden und nur zu ganz besonderen Festtagen sieht man es auf den Tischen der Arbeitslosen.

Mit Grauen denken wir unter diesen Verhältnissen, die gewiß im Laufe des Winters eher schlechter als besser werden dürften, an das „Fest der Freude“. Wir wissen, daß es hunderten und tausenden Arbeitereltern nicht möglich sein wird, ihren Kindern eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Tausende Arbeiterkinder werden wochenlang in froher Erwartung leben und sie werden enttäuscht, mit Tränen in den Augen, neidvoll nach den Weihnachtsgeschenken jener Kinder blicken, deren Eltern noch in der Lage waren, Weihnachtsgeschenke zu bereiten. Die am wenigsten Schuld an unseren heutigen Verhältnissen haben, müssen am meisten darunter leiden.

Wir aber wollen nicht, daß hunderte und tausende Arbeiterkinder schuldlos an einen von den wenigen Tagen, die dem Arbeiterkinde Freude bringen, betrogen werden. Wir wollen helfen, soweit es in unseren Kräften steht und rufen hierzu alle klassenbewußten Arbeiterinnen und Arbeiter auf! Wie aber können wir helfen? — In unseren Falckengruppen haben es sich die Kinder bereits zur Pflicht gemacht, an unserer Aktion „Jedem Arbeiterkinde eine Weihnachtsfreude“ mitzubestehen. Schon sammeln die Buben und Mädels Material für ihre Arbeit. Kartons, Papier, Kistenbretchen und Deckel, Eisen, Koffanten, Farben, Buntstifte und Stoffabfälle sollen unter sinken Kinderhändchen zu kleinen Weihnachtsgeschenken, wie Puppen und Puppenzimmer, Pferdchen mit Wagen, Lege-spiele, Baukästen und vieles andere verwandelt werden. Aber nicht nur die Jung- und Rot-falken helfen dabei mit, auch unsere Kleinsten im Alter von 6 bis 10 Jahren sind bei der Arbeit, und manches schöne Spielzeug verdankt seine Entstehung diesen Kleinen. Das ist praktische Solidarität, das ist die Vertiefung des Grundgedankes „Einer für Alle und Alle für Einen“. Wissen doch die Kleinen nicht, welche Arbeiter-jungen und Mädels die Spielsachen erhalten werden; aber alle wissen das eine, daß es kein Kind geben darf, das an dem Tag der Freude mit traurigen Augen nach den Geschenken der anderen sieht.

Auch die Erwachsenen können mit-helfen. Sucht in eurem Haushalt die abgelegten Kleider zusammen und bringt sie den Helfern der Kinderfreunde. In den nächsten Wochen werden überall in den Orten Arbeitsgemeinschaften der Frauen entstehen und aus den alten Sachen sollen neue werden. Man muß klein gewordenen Mädchen, manches schon unscheinbar gewordenes Kleidungsstück wird unter den geschickten Händen unserer Arbeitermädels und Frauen wie neu hergerichtet. — Schaut sie auch an die ärmlich gekleideten Kinder, durch deren Kleider und Röckchen der raube Herbstwind pfeift, beachtet einmal auf der Straße auch unsere frierenden Kleinen und ihr werdet mit wehem Herzen, aber auch mit eisernem Willen auch in die Reihen der Helfer stellen, werdet versuchen, den Kindern unserer Klasse einen wirklichen Tag der Freude zu bereiten und gleichzeitig ungeheure Not zu lindern.

Der Reichsvorstand des Arbeitervereines Kinderfreunde.

# Nakenkreuz-Taktiker.

Erst provozieren, dann davonlaufen!

Wien, 31. Oktober. Western fand in Verbund (Ziermar) eine Landbund-Kundgebung statt, an der circa 3000 Landbändler teilnahmen. Als Vizekanzler Winkler vom Balkon des Hotels Aniel aus eine Ansprache halten wollte, sang eine Gruppe von Nationalsozialisten, die sich gegenüber dem Hotel aufgestellt hatte, ein Spottlied auf den Vizekanzler und stieß Drohrufe aus. Die Nationalsozialisten wurden daraufhin von den Landbändlern verprügelt und flohen in das Rathaus, in dem ein nationalsozialistischer Bürgermeister seines Amtes waltete. Die Landbändler versuchten hierauf, das Rathaus zu stürmen. Gendarmen mit gefülltem Bajonetten stellte sich der Menge entgegen, und es gelang ihr schließlich, den Rathausplatz zu säubern. Beim Zusammenstoß wurden mehrere Personen verletzt.



# Tagesneuigkeiten

## Nette Zustände in der Olmüher Garnison

Zu der unter diesem Titel in unserer Folge vom 2. Oktober 1932 veröffentlichten, der „Vollmacht“ (Steinberg) einmündigen Notiz erhielten wir von der Prager Staatsanwaltschaft eine Berichtigung, die wir nachstehend bringen. Nach dem Pressegesetz muß eine amtliche Berichtigung ohne jede Bemerkung gebracht werden:

Der Inhalt des unter diesem Titel in der Nr. 233 der periodischen Druckschrift: „Sozialdemokrat“ vom 2. Oktober 1932 veröffentlichten Artikels entspricht nicht voll der Wahrheit.

Es ist nicht wahr, daß die Militärverwaltung resp. das 6. Regimentskommando in Olmütz keinen Wert auf ordentliche und kräftige Nahrung der Soldaten zu legen scheint, sondern wahr ist, daß der militärischen Verpflegung die beste Fürsorge gewidmet wird.

Man geht nicht daran, die Kost systematisch zu verschlechtern, denn anstatt der ausländischen Nahrungsmittel, wie z. B. des Reises werden aus staatswirtschaftlichen Gründen vollwertige einheimische Lebensmittelprodukte konsumiert. Die Angaben des Referenten, als ob alle drei Wochen hindurch, die er diente, fast nur Kartoffeln und wieder Kartoffeln als Speise verabreicht würden, entspricht nicht den Tatsachen. Laut Speisekarte waren zum Mittagmahl beim 3. R. 6 im Monat August Kartoffeln bloß zehnmal, im September dann nur einmal. Sonst kostete man Knödel oder andere Teigware und Hülsenfrüchte.

Waden in der Schwammerlsuppe und überflüssiges Fleisch wurden nie festgestellt. Fleisch sowie die Viktualien und die fertige Kost selbst werden täglich überprüft. Schließlich ist auch die Behauptung unwahr, man könne sich demnach sehr leicht vorstellen, auf welche Ursachen die in letzter Zeit häufig auftretenden epidemischen Soldatenerkrankungen zurückzuführen sind, denn beim Infanterieregiment 6 in Olmütz ist überhaupt nie eine epidemische Krankheit vorgekommen.

## Arbeitertod in aller Welt.

### Grauenzene am Hochofen.

**Mühlheim-Ruhr, 30. Oktober.** Auf einem Hochofen der Friedrich-Wilhelm-Hütte, auf dem einige Schmelzer mit Reparaturarbeiten beschäftigt waren, ereignete sich heute ein schweres Unglück. Während der auf ein falsches Signal vorgenommenen Füllung rutschte der 48jährige Vorarbeiter Bohrmann aus Oberhausen, der sich noch auf der inneren Mauer befand, mit der ganzen Erzladung in den glühenden Ofen. Durch eine kurz darauf erfolgte Explosion wurden fünf Arbeiter durch Brandwunden schwer verletzt. Die Ermittlungen sind sofort eingeleitet worden.

### Explosion in slowatischem Eisenwerk.

**Preßburg, 30. Oktober.** Im staatlichen Eisenwerk von Poddrezova kam es am letzten Samstag zu einem Explosionsunglück, bei dem eine größere Anzahl von Arbeitern verletzt wurden. Im Krankenhaus befinden sich im ganzen 29 Arbeiter, die Brandwunden ersten Grades haben, 20 derselben erlitten Brandwunden dritten Grades. Der Zustand von acht der Verletzten ist überaus ernst. Das Ergebnis der Untersuchung der amtlichen Kommission, die sich an den Ort des Unfalles begeben hatte, ist bisher noch nicht bekannt geworden.

### Grubenbrand.

**Dochum, 31. Oktober.** Auf der Schachtanlage 1/2 der Gewerkschaft „Konstantin der Große“ entstand ein Grubenbrand. Die Brandschwaden sind bis zur Schachtanlage 6/7 vorgezogen. 21 Bergleute mußten mit Vergiftungen ins Krankenhaus gebracht werden. Gegenwärtig ist man mit der Absaugung der Brandsäure beschäftigt.

### Vier arabische Steinarbeiter.

**Algier, 31. Oktober.** Sechs eingeborene Arbeiter sind Sonntag abends in einem Steinbruch verschüttet worden. Vier Arbeiter kamen ums Leben; zwei wurden schwer verletzt.

### Giftige Gase — drei Tote.

**Venedig, 31. Oktober.** In der Eisfabrik Zanzi & Mira bei Venedig wurden gestern drei Arbeiter durch giftige Gase getötet und verstarben, bevor ärztliche Hilfe zur Stelle war.

## GGG. aus den Liffen!

### Deutsches Postflugzeug über dem Kanal verunglückt.

**Berlin, 31. Oktober.** Das Postflugzeug der Strecke London-Berlin a. Rh., das am Samstag um 7 Uhr abends von London abgeflogen war, landete etwa 40 Minuten nach dem Start funktentelegraphisch Silbersee. Da sich das Flugzeug zu dieser Zeit in der Nähe des Kanals befand, wurde sofort der gesamte Kanal mit Wachdienst alarmiert. Es gelang jedoch nicht, eine Spur von dem verunglückten Flugzeug zu finden. Im Kanal herrschte schwaches, stürmisches Wetter. Auch die Befragung eines entlandenen Flugzeuges konnte keine Feststellungen machen, so daß man wegen des Schadens der Flieger bereits starke Besorgnisse hegt.

Wie aus Ostende bekannt, sollen Teile der Maschine nahe der englischen Küste westlich tre-

ben und gesichtet worden sein. Das deutsche Gegenflugzeug D 2.009 hat sich auf die Suche nach den Resten und nach der Besatzung des verunglückten Flugzeuges begeben und wird über dem Kanal kreuzen. Man nimmt an, daß ein Brand in den letzten Abendstunden Flammen in der Luft beobachtet haben wollen. Die verunglückten Flieger sind der Flugzeugführer Wilhelm Cuno, und der Funker und Maschinist Werner Drebes, beides alterfahrene Kräfte.

Entgegen optimistischen früheren Berichten, ist von dem verunglückten Flugzeug noch keine Spur entdeckt worden.

## Ein Irreer mit einem Militär erwehrt bedroht die Waffersdorfer Umgebung.

**Reichenberg, 31. Oktober.** Heute morgens gelang es dem 33jährigen Geisteskranken Alfred Wundral aus der Tobsichtszelle des Reichenberger Krankenhauses zu entfliehen. Der Irre flüchtete in das Haus seiner Mutter in Waffersdorf. Dort hatte er sich inzwischen mit einem Militärgewehr bewaffnet und als die Polizei nach ihm schändete, feuerte er von der Bodenstiege aus zwei Schüsse gegen den Polizeinspektor Doppel ab, der einen Durchschuß des rechten Ober- und des linken Unterarms erlitt und schwer verletzt ins Spital übergeführt werden mußte. Der Geistesgestörte flüchtete sodann, bekleidet mit einer alten österreichischen Uniform und ausgerüstet mit einem Manlichergewehr und einem Brotfaß voll Munition, in den nahen Wald.

Die Polizei und Gendarmerie unternimmt umfangreiche Streifungen, um des Irren jenen bodhaft zu werden und weitere Bluttaten zu verhüten.

## Reiseführer kehrt heim!

### Ein fideles Schlingel.

Wie die „Osttrauer Morgenzeitung“ aus Kreise der Hamburger Kriminalbehörde erfährt, wurde Sonntag vormittags der gewesene Generaldirektor der Larisch-Wönnichschen Unternehmungen in Mähr.-Odrau Dr. Jajicel, vom Kapitän des in Hamburg eingetroffenen Dampfers „San Francisco“ den reichsdeutschen Behörden zwecks Uebergabe an die tschechoslowakischen Behörden übergeben.

Inzwischen hat der ehemalige Generaldirektor seine Reise bereits vollendet und ist in seinem Bestimmungsorte eingelangt. Um 3 Uhr früh wurde er in Bodenbach von den tschechoslowakischen Sicherheitsbehörden übernommen und verbrachte den Rest der Nacht im Gewahrsam der Bodenbacher tschechischen Polizei. Am vierten 9 Uhr setzte er seine Fahrt in separatem Abteil und in Begleitung der entsprechenden Eskorte nach Prag fort, wo er kurz nach der Mittagstunde eintraf. Er wurde von einer gewaltigen Menschenmenge erwartet, die den berühmten Herrn sehen wollte. Jajicel ist in bester Laune und erklärt, sich in Europa sehr wohl zu befinden — weit besser als in Südamerika. Er macht einen überaus vergnügten Eindruck. Um 2 Uhr nachmittags wurde die Reise nach Mähr.-Odrau fortgesetzt, wo unverzüglich mit der Einvernahme begonnen werden soll.

## Eisenbahnkatastrophe in GGG.

### Todesstrafe für den Stationsvorstand.

**Moskau, 31. Oktober.** In dem Prozeß gegen mehrere Angestellte der Kursker Eisenbahnlinie wegen des Eisenbahnunglücks bei Lublino am 16. Oktober wurde der schuldtragende Stationsvorsteher Bulatoff zum Tode verurteilt. Bei dem Eisenbahnunglück waren, wie jetzt bekannt wird, 36 Personen getötet und 51 verletzt.

## Ziehung der Klassenlotterie

70.000 K:	29.386.
50.000 K:	34.521.
20.000 K:	27.469.
10.000 K:	32.008.
5000 K:	1421, 4518, 24.861, 34.266, 58.717, 56.910, 73.546, 77.816, 93.798, 101.126.
2000 K:	432, 3017, 4290, 4729, 4790, 4.883, 5217, 7529, 7669, 8332, 8705, 9943, 10.969, 15.070, 17.472, 18.967, 19.580, 21.469, 21.561, 23.195, 23.218, 23.572, 23.605, 26.212, 26.418, 26.577, 28.413, 35.503, 36.905, 38.095, 39.298, 45.981, 46.178, 46.671, 46.871, 47.134, 50.054, 56.568, 58.250, 60.140, 60.831, 62.825, 70.914, 70.918, 71.363, 72.920, 74.105, 74.132, 74.320, 75.525, 76.013, 76.148, 76.306, 78.492, 79.211, 83.470, 84.844, 85.210, 87.516, 87.705, 88.654, 90.298, 93.110, 93.798, 98.160, 102.165, 103.193.
1200 K:	815, 2449, 4572, 7596, 17.740, 22.939, 26.201, 27.093, 27.726, 28.105, 32.052, 33.453, 34.167, 34.544, 34.923, 34.987, 41.590, 42.309, 46.266, 46.578, 46.992, 47.787, 49.577, 51.190, 54.571, 56.822, 57.541, 59.481, 60.084, 61.521, 69.094, 69.631, 76.816, 77.175, 78.329, 79.496, 87.723, 90.641, 98.829, 101.593, 102.865.

Der Treffer von 70.000 K fiel auf Spieler in Preßburg.

## Wieder ein Soldatenselbstmord

In Pilsen hat sich Sonntag, den 30. Oktober, abends in der Wohnung seiner Eltern der Soldat des 18. Inf.-Regiments Josef Bokurka erhängt. Die Ursache des Selbstmordes wird von einer Militärkommission untersucht.

## Todesfahrt einer unbekanntem Motozylistin.

**Deutschbrod, 30. Oktober.** Aus Deutschbrod fuhr heute mittag auf der Staatsstraße nach Česká Bělá auf dem Motozyl O L III 339 eine unbekannte Frau, die die Maschine selbst lenkte. In einer scharfen Straßenbiegung bei der Gemeinde Pohled stieß sie an einen Prellstein und zog sich im Fall eine tödliche Verletzung zu, der sie nach der Ueberführung ins Krankenhaus von Deutschbrod erlag. Nach ihrer Identität wird gefahndet. Außer einem Verlobungsring hatte sie keine Identitätsdokumente bei sich.

Wie die Bodentreform in Wirklichkeit aussieht, kann man einem Brief entnehmen, den das „Právo Lidu“ abgedruckt hat. Demnach hat über Empfehlung der „Národní jednota“ für Südböhmern ein Herr Franz Timmer den Großgrundbesitzer Helenenthal bei Schönwald, Bezirk Znaim erhalten, den Jasanyhof bei Schönwald ein Herr Rathan (Großgrundbesitzer). Den schlechteren Boden hat die Pacht- und Kolonisationsgenossenschaft in Brünn gekauft und den tschechischen Grenzern in unüberbrücklicher nationaler Treue versprochen, den also von den bösen Deutschen gewonnenen Boden zum Einkaufspreis abzugeben. Nun ist immer interessant, wie der Durcpatriotismus (welcher Art immer) in Wirklichkeit aussieht und deshalb dürfte es nicht Wunder nehmen, wenn dieser „Einkaufspreis“ trotz nationaler Treue gewissen Wandlungen in den patriotischen Konzeilen unterzogen wurde. Der Preis für einen Mehen betrug 1150 K, davon hat die Genossenschaft den bedrohten Grenzern tschechischer Zunge großzügig als Baugrund zur Kolonisierung des „verdeutschten“ Gebietes das Stück zu 3000 Kronen überlassen; nach Abzug der Spesen verbleibt also ein Reinverdienst von 1800 K oder einhundertfünfzig Prozent! Der restliche Boden wurde für einhundertdreißig Kronen jährlich vermietet, so daß die Genossenschaft an Miete allein wenigstens 40.000 K in sechs Jahren verdient hat. Feuer hat man sich entschlossen, anstatt 1150 K als Einkaufspreis 1600 K zu „bewilligen“ und der statutenmäßigen Gemeinnützigkeit also gewisse Grenzen gezogen; und da die bedrohten tschechischen Grenzern nur 200 K Reingewinn pro Mehen zugestehen wollen, hat man ihnen kurzerhand einen Termin bis zum 20. Oktober gesetzt und erklärt, daß anderenfalls die Felder an Aufsehende verkauft werden müssen. Wie man sieht, ist es nicht nur ehrbar, sondern auch einträglich, Patriot zu sein und die bedrohten Tschechen im „verdeutschten“ Gebiet tatkräftig zu unterstützen. Da auf dieser Welt nicht einmal mehr der Tod ganz umsonst gestattet ist, wird es ja nicht weiter Wunder nehmen, wenn die patriotischen Genossenschaftler sich eben ihre Hilfe mit bezahlen lassen. . . .

**Sturmwind über den britischen Inseln.** Samstag und Sonntag wütete über einigen britischen Inseln ein heftiges Unwetter, das teilweise von Wellenbrüchen begleitet war. Die sowohl auf dem Meere als auch auf dem Festlande verursachten Schäden sind groß. Im Hafen Flossenstone wurde eine Sturmgeschwindigkeit von 110 Meilen pro Stunde gemessen, was die höchste Geschwindigkeit bedeutet, die die Apparate dort je verzeichnet haben. Die ganze englische Küste längs des Kermelkanals wurde von den Fluten überflutet. Zahlreiche Schiffe, die sich auf stürmischer See in Not befanden, riefen um Hilfe, und es mußten Rettungsboote entsandt werden. In einzelnen Fällen gelang die Rettung nur unter den größten Schwierigkeiten. Auch die französische Küstenschiffahrt ist stark beeinträchtigt. Mehrere Dampfer mußten in den Häfen Schutz suchen. Die Versorgung der Leuchtturmwächter ist nur mit großen Schwierigkeiten möglich.

**Zugengebühren für Arbeiter.** Nach der bisherigen Praxis hatten Anspruch auf Erloß für den ihnen durch Zeugnisausgaben im Strafverfahren entgangenen Lohn nur jene Zeugen, welche für Zeilohn, nicht aber jene, die für Akkordlohn arbeiteten. Nun hat das Justizministerium den Gerichten mitgeteilt, daß es diese Praxis für unrichtig halte und daß noch seiner Ansicht den Zeugen, die für Akkordlohn arbeiten, derselbe Anspruch zukomme, wie jenen, die für Zeilohn arbeiten.

**Endlich Abhilfe?** Wie der „Morgen“ meldet, wird es am kommenden Donnerstag an der Wiener Universität zur Einführung einer Universitätswoche kommen. Sie wird von 40 verlässlichen Beamten gebildet und ihre Mitglieder werden durch Abzeichen gekennzeichnet sein. Sie wird die Aufgabe haben, bei der geringsten Rohstörung ohne besondere Weisung sofort in Aktion zu treten.

**Razi-Wahlauto havariert.** Nach Blättermeldungen stürzte Sonntag abends ein mit Nationalsozialisten besetztes Wahlauto in Falkensee bei Berlin um. Alle 24 Leute, die auf dem Fahrzeug standen, fielen auf die Chaussee, wofür von ihnen mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

**Den Vater erstochen.** Sonntag abends ist in Herrenberg bei Graz der 43jährige Josef Haushofer mit seinem 63jährigen Vater in einen Streit geraten, wobei er in Abwesenheit seiner Mutter und seiner beiden Schwestern den alten

## Genossen! Genossinnen!

In jeder Betriebsversammlung, jeder Gewerkschaftsversammlung, jeder Genossenschaftsversammlung, jeder Wählerversammlung, jeder Frauenversammlung, jeder politischen Versammlung, jeder Versammlung oder Sitzung einer proletarischen Organisation laßt Ihr für die

## sozialdemokratische Parteipresse

intensivste Werberarbeit leisten

Manu mit einem Küchenmesser schwere Stichverletzungen in den Hals beibrachte, so daß er in kurzer Zeit darauf verstarb.

**Flugraketen-Start abgefozt.** Der für Sonntag nachmittags geplante und mit Interesse erwartete Abschuß von Flugraketen des tschechischen Ingenieurs Tiling auf dem Flugplatz Tempelhof ist infolge des regnerischen Wetters abgefozt und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden.

**Streifende Bremsen.** Wie Habas aus Ora berichtet, verlosien dort gestern die Bremsen eines Autobus, der 24 Fahrgäste von Ancorah nach Ora beförderte. Drei Fahrgäste wollten während der Fahrt aus dem Wagen springen und kamen dabei ums Leben. Fünf Personen wurden verletzt.

**Ein Massenbrandstifter.** Ein Sonntag nachts in Seiersberg in einem Wirtschaftsgebäude ausgebrochener Brand führte zur Verhaftung des 33jährigen landwirtschaftlichen Arbeiters Herrmann Leopold. Bei der Einvernahme durch die Gendarmerie legte er ein Geständnis ab. Er gab an, in den Jahren 1931/32 in Raaba bei Graz und in Seiersberg sowie in der Gegend von Strahgang dreizehn Brände gelegt zu haben. Er wurde dem Gerichte eingeliefert.

**Elffährige Dichterin...** Ein Pariser Verlagshaus setzte einen literarischen Preis in der Höhe von 2000 Franken für Kinder aus. Von 250 eingelangten Arbeiten kamen nach dem Beschluß eines literarisch durchaus ernst zu nehmenden Gremiums 25 in engere Wahl. Den ersten Preis in Höhe von 1000 Franken erhielt ein elfjähriges Mädchen für ihre „Geschichte in drei Teilen: Der Aufbruch, die Nachtrall und der Ziel“. Alle Pariser Blätter bringen das Bild des Kindes.

## A la Chicago.

### Blutige Ueberfälle auf Geldtransporte in Deutschland.

**Erfurt, 31. Oktober.** Zwei Boten der hiesigen Filiale der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft hatten von der Reichsbank 50.000 Mark abgeholt und befanden sich auf dem Wege zur Deutschen Bank. Kurz vor ihrem Eingang drangen plötzlich aus einem vor dem Bankgebäude haltenden Kraftwagen mehrere Männer heraus und gaben ohne irgend-einen Anruf auf die Bankboten zahlreiche Schüsse ab. Einer der beiden Boten sank sofort tot zu Boden. Der andere erhielt einen schweren Bauchschuß. Die 50.000 Mark waren in einer Kiste verpackt, die zur Erde fiel. Die Räuber wollten sich der Kiste bemächtigen, wurden jedoch durch das Dazwischentreten eines Polizisten daran gehindert. Die Räuber bestiegen schleunigst ihr Auto, das eine Hamburger Nummer zeigte, und fuhren in schnellstem Tempo davon. Der Polizeibeamte feuerte aus seiner Pistole sieben Schüsse hinter dem Kraftwagen her und verletzte dabei den Beifahrer. Die anderen Schüsse haben den Wagen getroffen. Der Polizeibeamte hatte die Geistesgegenwart, ein auf der Straße stehendes Motorrad sofort anzutreten und den Räubern nachzuziehen. Er verlor aber das schnell fahrende Auto bald aus den Augen.

**München, 31. Oktober.** In Schwabing wurde heute ein schwerer Raubüberfall verübt. Zwei Angestellte des Wohlfahrtsamtes wollten 7000 Mark in einer Tasche beim Wohlfahrtsamt abliefern. Als sie das Wohlfahrtsamt betreten wollten, sprangen zwei Burken aus einem Auto, das die Angestellten verfolgt hatte, schlugen die Beamten mit Gummiknütteln nieder, raubten den Geldbetrag und entflohen im Kraftwagen, ohne erkannt zu werden. Das Auto war kurz vorher gestohlen worden.

## Vom Rundfunk

### Empfehlenswertes aus den Programmen.

#### Rittwoch:

Prag: 6.15 Sonntags, 11.00 Schallplatten, 15.30 Wieder, 17.10 Marionettentheater, 18.25 Deutsche Sendung: Arbeiterfunk, Volker Frisch; Heinrich Herz, ein Revolutionär der Wissenschaft, 19.20 Synchronvorträge, 20.00 Sokrates Tod, 22.20 Langmuß. — Brann: 16.10 Erbacherkonzert, 18.25 Deutsche Sendung, 21.00 Konzert. — Berlin: 19.30 Weingartner dirigiert Bolzer, 20.00 Einspielkonzert. — Dresden: 16.30 Braunschweig. — Frankfurt: 21.00 Erbacherkonzert. — Wühlader: 19.30 Volkmuß. — Hamburg: 19.30 Beltzer Rusli von beut. 21.00 Besuch bei Reston. — Königsberg: 18.25 Nationalische Zeitschau. — Wien: 18.25 Blasmusik, 20.00 „Bedermann“, Drama von Hofmannsthal.



### Ein Heimkehrerschicksal.

Knecht bei der eigenen Frau.

In der Nähe von Szegedin hat sich auf einem kleinen Schloß ein trauriges Nachspiel des Krieges zugetragen. In einem Knecht, der dort bei einem Bauern im Dienste stand und sich erhängt hatte, wurde, als seine Identität festgestellt werden sollte, zur größten Ueberraschung der seit Kriegsbeginn an der russischen Front verschollene erste Gatte derselben Bäuerin erkannt, bei deren jetzigen Mann er Anstellung gefunden hatte. Der ehemalige Kriegsgefangene, ein Bauer namens Kiztalos, flüchtete vor einigen Monaten aus der russischen Gefangenschaft und gelangte nach ungeheuren Strapazen wieder in die Heimat, wo er erfuhr, daß seine Eltern inzwischen verstorben und seine Frau sich zum zweitenmal verheiratet hatte. Um in der Nähe seiner Frau zu sein, hat Kiztalos den zweiten Mann seiner Gattin, ihn anzustellen. In dem gerumpften alten Mann erkannte niemand Kiztalos, der schließlich Selbstmord verübte, um nicht das Glück seiner Frau zu stören.

### Der Aberglaube blüht.

Glücks- und Unglücksbräuche. — Vom Streichholz zum Leberfleck.

Der Aberglaube blüht heute kräftiger als seit langer Zeit. Viele klopfen, wenn von einem guten Ereignis gesprochen wurde, dreimal unter den Tisch oder sonst gegen ungeschickliches Holz und sagen: Toi, toi, toi. Viele wänden um nichts in der Welt unter einer Leiter hindurchgehen.

Daß es Unglück bringen soll, wenn man mit einem Streichholz drei Zigarren anzündet, ist ein weitverbreiteter Glaube. Er soll russischen Ursprungs sein.

Viele Menschen glauben noch, daß es Unglück bringt, wenn zwei Personen sich in demselben Wassertopf waschen.

Die Unglückszahl Dreizehn hat manche Menschen dazu getrieben, in Opposition gegen die allgemeine Meinung, Dreizehn zu ihrer Glückszahl zu machen. So gibt es z. B. einen Klub der Dreizehner, der nur aus dreizehn Personen besteht; und bei dessen Amtlichen Versammlungen nie weniger und nie mehr als dreizehn Personen zugegen sein dürfen. Die Hotels dagegen vermeiden die Zahl Dreizehn als Zimmernummer, da es zu oft vorlomme, daß ein Gast sich weigert, die Nummer Dreizehn zu beziehen. Das gleiche gilt von Häusernummern.

Der Freitag gilt vielfach als Unglückstag. Dampfergesellschaften vermeiden es, ihre Schiffe am Freitag abfahren zu lassen. Ja nicht einmal die Ringnägelschneider sollen sich am Freitag schneiden. Im Gegenzug dazu ist der Freitag überall in Norddeutschland als Tag der Hochzeiten überaus beliebt.

Was das Ringnägelschneiden betrifft, so gibt es einen alten Reim, der genaue Weisungen mit Bezug darauf gibt, nämlich: wenn man die Nagel am Montag schneidet, so erfährt man eine Neuigkeit, wenn man sie am Dienstag schneidet, so bekommt man ein paar neue Schuhe, wenn man sie am Mittwoch schneidet, bleibt man gesund, wenn man sie am Donnerstag schneidet, wird man reich, wenn man sie am Freitag schneidet bringt es einem Unglück, wenn man sie am Samstag schneidet, wird man eine Reife machen.

Viele Leute halten es für unheilvoll, zu sprechen, während sie unter einer Brücke durchgehen; unter den Bergleuten findet man vielfach eine Scheu, noch einmal umzukehren, wenn sie ihren Gang zur Arbeit angetreten haben. Auch wenn sie etwas vergessen haben, holen sie es meistens nicht, wie ja auch sonst ein Umkehren als nicht günstig angesehen wird. Am Abend einer Premiere verlassen

die Schauspieler ihre Garderobe, wenn sie auf die Bühne gehen, immer mit dem linken Fuß zuerst. Wenn jemand sich seinen Hut verkehrt herum aufsetzt, so bringt das Unglück.

Ein Leberfleck am Hals, Ohr oder Kinn bringt Glück. Eine Frau sollte sich vor dem Mann hüten, der einen Leberfleck auf der linken Schulter hat, da er ein Schwächling und ein schlechter Ehemann ist.

Ein Leberfleck auf der rechten Schulter dagegen ist wertvoll, da dieser Mann tapfer und zuverlässig sein soll. Ueberhaupt haben diese Leberflecke eine förmliche Geschichte je nach ihrer Stellung. Ein Studium abergläubiger Gebräuche aber zeigt nur, daß wir sonstigen nichts tun können, ohne daß es uns irgendwie schaden muß. — wenn wir nämlich daran glauben!

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Arbeitskämpfe in Großbritannien.

### Generalangriff des Unternehmertums.

Im Gegensatz zum Kontinent blieb die Arbeiterchaft Großbritanniens im Krisenjahr 1931 von größeren Lohnkonflikten verschont. Die Sozialbilanz Englands weist für das vergangene Jahr nur eine Senkung des gesamten Lohnniveaus um wenig mehr als ein Prozent auf. Die Zurückhaltung des britischen Unternehmertums hängt wesentlich mit der Pfundentwertung zusammen; denn diese hat hintenherum zu einer Senkung der Reallohn geführt. Seit einigen Monaten haben sich aber die sozialen Spannungen in England zusehends verschärft. Nicht nur die zahlreichen Arbeitslosenunruhen, die sowohl im mittelländischen Industriegebiet wie auch im Norden und in London selbst immer wieder ausflackern, bereisen das, sondern noch viel deutlicher treten diese Spannungen bei den neuen konzentrischen Angriffen der Unternehmerschaft auf den Lohnstandard in Erscheinung.

Den Auftakt zu den großen Arbeitskämpfen, die sich am englischen Wirtschaftshorizont abzeichnen, gab die Aussperrung der 200.000 Baumwollweber von Lancashire Ende August d. J. Vier Wochen lang stand diese alte Stammtruppe der englischen Textilarbeiter im Streit gegen die Arbeitgeberforderung auf Lohnsenkung um 12,5 Prozent. Die Verluste, die die Industrie aus diesem gewaltigen Arbeitskämpfe erwichen, werden von den Unternehmern auf etwa 15 Millionen Pfund — das sind etwa 16,5 Milliarden Kronen — geschätzt. Die Baumwollmagnaten von Lancashire, die im Vergleichsverfahren schließlich einen Lohnabbau von 8,5 Prozent erreichten, haben also ihren Pyrrhus-Sieg sehr teuer bezahlen müssen.

Raum war dieser Konflikt beigelegt, da drohte dem Industriezentrum von Lancashire ein zweiter, noch größerer Arbeitskämpfe, in den 250.000 Spinnereiarbeiter verwickelt waren. Mit Lohnabbauforderungen in Höhe von 15,5 Prozent übertrumpften die Spinnereiarbeiter noch die Webermagnaten. Erst dieser Tage wurde durch das Eingreifen der Regierung in letzter Stunde zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern ein Vergleich erzielt, der eine Lohnsenkung von 7,75 Prozent vorsteht. Nach dem gigantischen Streik vom August 1931, an dem 500.000 englische Textilarbeiter teilnahmen, und der kurzen Aussperrungsperiode im Jänner 1931, deren Anlaß die Einführung des Acht-Stunden-Systems war, hat jetzt der dritte entscheidende Arbeitskämpfe bei den Spinnern und Webern mit einer weiteren beträchtlichen Drosselung der Kaufkraft geendet. Die Baumwollherren hätten in Anbetracht der glänzenden Organisation der englischen Textilarbeiter sicherlich nicht einen Teilsieg errungen, wenn nicht der fürchterliche Druck einer seit sieben Jahren anhaltenden Arbeitslosigkeit den Arbeitsmarkt im englischen Textilzentrum völlig zerüttet hätte. Bei einem durchschnittlichen Wochenlohn von 40 Schillingen

gen bedeutet die Lohnsenkung bei den Webern und den Spinnern einen Kaufkraftausfall von 16 bis 17 Milliarden Kronen. Diese Schrumpfung der Kaufkraft läßt die Unternehmer ihres Teilsieges nicht froh werden. Zeit Kriegsende trank die im wesentlichen auf den Weltexport eingestellte Textilindustrie am Exportschwund. Dies ist kein Wunder, denn der große inflatorische Markt, Englands bester Abnehmer vor dem Kriege, wird mehr und mehr durch Selbstversorgung der japanischen, chinesischen und indischen Baumwollindustrie befriedigt.

Bei den Konkurrenzverhältnissen in Ostasien ist es aussichtslos für England, durch Lohndruck eine Exportsteigerung herbeizuführen, wenn die Baumwollunternehmer den Lebensstandard der Arbeiter von Lancashire nicht auf den Tiefstand des chinesischen Kuli oder des indischen Arbeiters herabdrücken wollen. Um so fühlbarer wird sich daher die Abdrosselung der Kaufkraft auf dem inländischen Absatzmarkt fühlbar machen, der bisher den Betrieben immerhin noch eine gewisse Stütze gewährt hat.

Man hat in England aus den schlimmen Erfahrungen, die man mit der rigorosen Einkommensdrosselung in Deutschland gemacht hat, nichts gelernt. Im englischen Verkehrsgewerbe steht jetzt der größte Lohnkonflikt bevor, den England seit dem Bergarbeiterstreik von 1926 erlebt hat. Die Vereinigung der großen englischen Eisenbahnkonzerne — die Eisenbahn ist in England noch in privatkapitalistischen Händen — hat bereits angekündigt, daß der scharfe Einnahmerückgang in den letzten beiden Jahren zu einer grundlegenden Reform (!) der Lohn- und Gehaltsätze zwingt. Die Unternehmer haben ihre Forderungen auf Lohnabbau noch nicht veröffentlicht. Daher haben auch die Gewerkschaften zu diesen Drohungen noch nicht Stellung genommen. Jedenfalls aber droht hier ein Riesenkonflikt, der bei der lebenswichtigen Bedeutung des Verkehrs wesens schwerste Gefahren für den gesamten Wirtschaftsmechanismus in England heraufbeschwören kann.

### Neuer Streik in Lancashire.

London, 31. Oktober. Da die Delegierten der Arbeiterchaft der Baumwollindustrie am Samstag mit 84 gegen 30 Stimmen das Abkommen über die Lohnsenkung abgelehnt haben, das vor einer Woche von der Exekutive mit den Arbeitgebern abgeschlossen wurde, ordneten die Gewerkschaftsorganisationen an, daß heute in sämtlichen Spinnereien, wo die Lohnsenkung um 7,67 Prozent bereits durchgeführt wurde, der Streik ausgenommen werde. Es bestehen Befürchtungen, daß dieser Streik in einen Generalstreik in sämtlichen Spinnereien in Lancashire übergehen wird. Von einem allgemeinen Streik in der Baumwollindustrie in Lancashire würden etwa 200.000 Arbeiter betroffen werden.

## Der Helm.

Mein Junge kam kürzlich zu mir. „Jehn Jahre ist der Purche alt. Du, Vater, mach' mir doch einen Helm!“

„Einen Helm. Ja, Junge, wozu denn?“

„Zum Kriegsspielen, Vater.“

„So... zum Kriegsspielen...“

Ganz gelassen konnte ich das sagen, so gelassen, daß mein Junge nicht merkte, wie ich einen Sturm der Gefühle, wieviel Schmerz und Hoff er mit seinen Worten in mir aufgewühlt hatte, da ich den Krieg als im höchsten Grade unmoralisch und verbrecherisch verabscheute. — Mein Junge beim Kriegsspiel! Nein, das durfte nicht sein. Das mußte unter allen Umständen verhindert werden. Das war ich nicht nur meiner Ueberzeugung, sondern auch meiner großen Verantwortung als Erzieher schuldig. Aber wie? Durch einfaches Ablehnen seiner Bitte? Nein! Denn dann läßt er sich eben hinter meinem Rücken den Helm von jemand anderem machen. — Durch ein Verbot, am Kriegsspiel mit seinen Schulkameraden teilzunehmen? Auch das würde nicht zum Ziele führen. Er würde heimlich um so eifriger mitmachen.

Blitzschnell gingen mir alle diese Ueberlegungen durch den Sinn. Und schon hatte ich auch die Lösung. Hier konnte nur Aufklärung, nackte, brutale Wahrheit helfen. Aufstehend sagte ich zu meinem Sproßling, der immer noch auf die Gewährung seiner Bitte wartend vor mir stand: „Gut, du sollst deinen Helm zum Kriegsspielen haben, aber — erst morgen. Das heißt, wenn du dann noch Verlangen danach hast. Damit dir jedoch die Parteezeit nicht zu lang wird, will ich dir etwas zum Lesen geben.“ Und ich reichte ihm ein Büchlein: „Nie wieder Krieg!“, das ich während dieser Worte aus meinen Büchern hervorgeholt hatte. Als eifrige Leserin griff der Purche auch gleich begeistert nach dem dünnen Heftchen und vertiefte sich in dessen Inhalt... Am nächsten Morgen.

„Wilhelm!“

„Ja, Vater.“

„Nun, wie ist das jetzt mit dem Helm? Bist du einen haben?“

„Nein, Vater! Nein, nein!“ Und ganz plötzlich brach der Purche in fassungsloses Weinen aus.

„Ja, Was ist dir denn, mein Junge?“ fragte ich ihn bestürzt und wachte im gleichen Augenblick auch schon die Antwort, die er mir geben würde.

„Das Buch, Vater! Und die Bilder darin! Wie schrecklich! Wie schrecklich! War das wirklich so? Hat man die Menschen so zugerätet im Kriege?“

Erst nickte ich, in tiefster Seele ergriffen von den erschütternden Fragen dieses jahrelangen Knaben.

„Dann, Vater, will ich keinen Helm. Und ich mag auch nie wieder Krieg spielen. Ich möchte ja dabei immer nur an die armen Soldaten denken, die als Krüppel, ohne Arme, ohne Beine oder mit grauenerregten zerfetzten Gesichtern in irgendeinem Winkel hocken und sicher ihr Leben und den ungeliebten Krieg verfluchen... Ich bin so froh“, lechzte er unvermittelt hinzu.

„Dorüber denn, worüber bist du froh, Wilhelm?“

„Daß du mir das Büchlein gegeben hast, Vater. Denn wenn mich meine Schulkameraden nun fragen, warum ich beim Kriegsspiel nicht mitmache, dann kann ich ihnen sagen: nicht, weil ich feige bin, sondern weil ich weiß, daß ein Krieg etwas Schreckliches und Verdammenswertes ist, und daß man so etwas nicht spielt.“

Ich fuhr meinem Jungen in tiefer Rührung lieblos über den blonden Scheitel... Und am Abend bekam er von mir den Steinbalken, den er sich schon lange sehnlich gewünscht hatte. „Vater!“ jubelte er. In einer Stimme lag Dank und Versehen zugleich.

Geo Steeg.

## Der Esel und der Despot.

Von Erna Büsing.

Lief im Morgenlande, wo die Zeit scheinbar stillsteht und die Ereignisse nur langsam tropfen, lebte er, der Despot.

Er regierte ein feixiges, kluges und geschicktes Volk, das von morgens früh bis abends spät arbeitete und nur zur Mittagszeit pausete, wenn die Sonne gar zu unbarmherzig brannte. Die Arbeit des Volkes brachte Geld und Reichtum ins Land, doch aller Reichtum gehörte ihm, dem Despoten. Das war ein einfacher Tatsachenbestand, dessen Begründung durch ein Gesetz selbst der allerweinste Gelehrte nicht finden konnte. Es dachte auch niemand ernstlich darüber nach, wie ungleich die Güter verteilt waren. Hatte die Gewohnheit den Menschen doch schon längst das keine Unterscheidungsvermögen genommen.

Der Name des Despoten war weithin bekannt und das Volk selbst war eingefangen von dem Glanz dieses Namens. Der Despot erlaubte sich alles. Er beschränkte selbst jenseits seiner Landesgrenzen, alle Mächtigen, damit er sich ihre Freundschaft erzielte und er unterdrückte alle Armen, damit der Tageslummer sie auffrag und sie nie zum Aufstieg und zur Macht kamen. Es dachte niemand, tut der Despot recht, tut er unrecht, ein jeder nahm seine Tat gleich einem Naturereignis hin.

Da ging der Despot eines Tages durch die engen Gassen des Armenviertels seiner Stadt. Er war unwirksam ohne Grund, er wollte sich über irgend etwas ärgern, um seinen Fohn vorherzureden aufzuklären zu lassen. Da stieß er auf einen

armen Händler, der liebevoll mit seinem dürren Esel sprach. Man konnte ihn allgemein, diesen alten, armen Mann, dessen Haus leer geworden war an einem Tage, als eine böse Zeuche ihm Weib und Kinder nahm. Da hatte der Mann wohl die Bitterkeit des Todes zu tief empfunden, um sich noch einmal warmherzig einem Menschen anschließen zu können. Er fürchtete wohl zu sehr die Trennung des Menschen vom Menschen, und darum zog er sich von allen Freunden zurück und hielt sich nur mit einem Tier, mit seinem Esel. Diese beiden wurden Kameraden. Sie waren so aufeinander eingestellt, daß sie ungeschert das Gefühl hatten, als dankten sie einander für fühlenden Schatten und für jeden neuen Tag, den sie erleben durften.

Der Despot legte auf Würde und Wert, wenn sie ihm selbst geümt war. Kam schlechte Stimmung über ihn, benahm er sich ungewohnt ungebildet und roh. Er stieß hart nach dem Esel und höhnte den armen Mann: „Nicht by ein wogeres, widerliches Tier“. Der alte Mann, der außer seinem Esel nichts besaß, also arm war, daß er nichts zu fürchten hatte, sagte: „Besser einen Freund als keinen.“

Da sagte der Despot: „Komm, ich will dir zeigen, daß dein Esel keinen Freund hat.“ Der alte Mann und der Esel trotzten ergeben hinter dem Despoten her. Gerne hätten sie ihr beschneidenes, alltägliches Mittagmahl gegessen, das aus Wassermelonen bestand, von denen der Esel die Schale und der alte Mann das Fleisch aß. Doch der Despot konnte weder den Hunger des Menschen, noch den der Kreatur.

Zu Hause angelangt, ließ der Despot alle Bediensteten zusammensetzen. Dann sagte er:

„Ich will diesem Schwäher nur zeigen, daß sein Esel keinen Freund hat.“ Darauf befohl er, seinen nun Luxus gehaltenen Raubtieren den Esel vorzumwerfen. Der Esel witterte den Tod, sein Fell wurde nach von Schweiß, seine Glieder waren starr vor Schreck und der Blick seiner aufgerichteten Augen ließ die umstehenden Menschen erschauern. Er schrie lauthals, als ein Raubtiergebiss ihm die Knochen zerbrach.

Häßlich lachte der Despot und fragte höhnisch den alten Mann: „Na, hatte dein Esel einen Freund?“

Der alte Mann blieb stumm und dieser Nummer rührte das Herz der Bediensteten. Als die Dämmerung sank, sahen der alte Mann und alle Bediensteten um einen Springbrunnen, und in seiner labenden Rührung sprach der alte Mann von dem Unrecht, das der Despot seinem Esel getan hatte und von dem Unrecht, das er ungestraft allen Menschen tun durfte, weil die Menschen feig seien und außerdem das Rückdenken verlernt hätten. Der alte Mann sprach sehr ruhig und es war sonderbar, jetzt erst lernten alle Bediensteten den Despoten kennen.

Der alte Mann aber ging tief in der Nacht mit einem Dolch in das Schlafzimmer des Despoten. Die Spitze des Dolches setzte er ihm an die Kehle und sagte dem erschrocken Erwachenden: „Ich will dir zeigen, daß du keinen Freund hast.“

Der Despot wollte schreien, jedoch reichte es nur zu einem Köcheln. Er sah den Schatten des Türhüters. Der Hand da draußen einer Statue gleich. „Sie haben den alten Mann hier in mein Schlafzimmer gelassen, sie sind mit alle untreu,

sie werden sich an meinen Todesqualen“, dieser Gedankenstrom füllte das Hirn des Despoten. Schweiß lief ihm über den Körper und durchfetzte sein leidendes Nachtschgewand. Unbeweglich, todesdrohend, blieb der Dolch in der Hand des alten Manns. Der Despot war nur ein Held für bössliche Weichheitschreiber, aus privater Reue war er es nicht. Darum war dieser Schreck für seine angeborene Feigheit und für sein verfestetes Herz eine zu große Jammerung und er starb, obwohl der Dolch seine Haut nicht einmal ritzte.

Seine Bediensteten nahmen den Tod des Despoten genau so gelassen hin, wie irgendeine seiner unüberlegten Taten. Gewiß, sein Tod brachte Aufregung in ihr wirtschaftliches Leben, der Tod des Esels aber hatte ihre Seele bewegt. Darum sprach man in der letzten Nachtschunde genau so viel vom Sterben des Esels wie vom Tode des Despoten.

Und aus einem schnellfüßigen Rennkamel, aus dem Stalle des Verstorbenen — das über den Sand dahinfreicht wie eine Segelgalei bei günstigem Winde über leichtbewogtes Wasser — ritt der alte Mann hinaus in das Nimmern der Tageshelle und trug die Nachricht von dem Tode des Despoten ins Land. Doch ohne daß er davon sprach, ließ mit ihm die Geschichte von dem Esel. Ueber die dachten die Menschen nach und sie empfanden den Tod des Despoten nur als Raube des toten Luxes. Sie dachten an das Unrecht, das dem toten Tiere geschahen und an das Unrecht, das man selbst begeht, wenn man Unrecht duldet, und darum war unter ihnen kein Raum mehr für einen neuen Despoten.



